



## **Innenausschuss**

### **8. Sitzung (öffentlich)**

11. Januar 2018

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 14:30 Uhr

Vorsitz: Daniel Sieveke (CDU)

Protokoll: Sitzungsdokumentarischer Dienst

### **Verhandlungspunkt:**

#### **1 Bund muss Sicherheit an Bahnhöfen gewährleisten**

**3**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/510

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

\* \* \*



## 1 Bund muss Sicherheit an Bahnhöfen gewährleisten

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 17/510

– Anhörung von Sachverständigen (*siehe Anlage*)

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Meine Damen und Herren! Ich darf Sie alle recht herzlich begrüßen: die Zuschauerinnen und Zuschauer, die Mitglieder des Ausschusses, die Medienvertreter und vor allem die Sachverständigen, die der Einladung zu unserer heutigen Anhörung gefolgt sind.

Die Einberufung des Ausschusses zu dieser Anhörung erfolgte mit Sitzungseinladung 17/169 vom 21. Dezember 2017.

Sehr geehrte Sachverständige, ich danke Ihnen für ihre vorab eingereichten schriftlichen Stellungnahmen. Sie bedeuten eine wesentliche Arbeitserleichterung für die Abgeordneten, die diese Stellungnahmen alle gelesen haben und Ihnen deswegen gleich gezielt Fragen stellen können. Wie bereits im Einladungsschreiben mitgeteilt, sind Eingangstatements nicht vorgesehen.

Lassen Sie mich vorab noch einen Hinweis geben. Anders, als einige Medien berichtet haben, hat diese Anhörung nicht bereits stattgefunden. Vielmehr führen wir sie heute durch, stellen den Sachverständigen Fragen und nehmen ihre Anregungen mit. Nach Vorlage des Protokolls werden wir sie zur gegebenen Zeit auswerten und dann auch in die Abstimmung eintreten.

Damit eröffne ich die Anhörung und bitte um Wortmeldungen der Abgeordneten.

**Hartmut Ganzke (SPD):** Liebe Sachverständige, gestatten Sie mir, mich zunächst kurz vorzustellen. Mein Name ist Hartmut Ganzke. Ich bin innenpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, die diesen Antrag ins Parlament eingebracht hat und auch diese Anhörung beantragt hat.

Deshalb beginne ich mit einem Dank an Sie, sehr geehrte Herren Sachverständige – nicht nur dafür, dass Sie hier sind, sondern auch dafür, dass Sie uns vorab schriftliche Stellungnahmen zur Verfügung gestellt haben.

Auf der Grundlage von schriftlichen Stellungnahmen ist man nämlich in der Lage, noch konkretere Nachfragen zu stellen. Vor diesem Hintergrund drohe ich an, auch bei jedem von Ihnen nachzufragen.

Seitens der SPD-Fraktion kündige ich auch an, dass uns dieses Thema weiterhin beschäftigen wird. Denn es ist kein in die Vergangenheit, sondern ein in die Zukunft gerichtetes Thema. Meines Erachtens ist es auch ein Thema, das wir in diesem Ausschuss seitens aller Fraktionen gemeinsam bearbeiten können.

Nach diesen kurzen Einleitungsworten möchte ich, wie das bei uns üblich ist, mit den Fragen in der ersten Fragerunde beginnen.

Herr Polizeipräsident Lange, Sie schildern in Ihrer Stellungnahme die Sicherheitskooperation zwischen Landes- und Bundespolizei, aber auch anderen Partnern, die dazu führt, dass sich die Situation gerade am Dortmunder Bahnhof in den letzten Jahren nach Ihrer Einschätzung verbessert hat. Vor diesem Hintergrund bitte ich Sie, noch etwas konkreter zu dieser Sicherheitskooperation auszuführen, und frage Sie, ob Sie aus Ihrer Abstimmung mit anderen Polizeipräsidentinnen und Polizeipräsidenten oder anderen Behördenchefs wissen, ob solche Sicherheitskooperationen im Land Nordrhein-Westfalen auch an anderen Orten existieren.

An die Vertreter der Gewerkschaft der Polizei, Herrn Nowak und Herrn Hauser, habe ich erstens eine Frage, die sich ebenfalls auf die Sicherheitskooperation bezieht. Wie sehen Sie als GdP die seitens des Herrn Polizeipräsidenten Lange angesprochene Sicherheitskooperation oder Kooperationspartnerschaft? Ist das auch in Ihrem Sinne eine wichtige Voraussetzung, um die Sicherheit an den Bahnhöfen gewährleisten zu können?

Meine zweite Frage an die Vertreter der GdP lautet: Die Tatsache der Unterbesetzung im Bereich der Bundespolizei wird von allen anwesenden Sachverständigen beschrieben. Wie sehen Sie das als GdP auch an kleineren Bahnhöfen? In der Politik sprechen wir ja gerne von den großen Leadern, hier also von den großen Bahnhöfen wie Bochum, Essen, Köln oder Düsseldorf. Aber ist das möglicherweise auch an kleinen Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen ein Problem?

Ich habe noch eine dritte Nachfrage an Sie. Sie beschreiben, dass die Landespolizei mittlerweile sehr häufig unterstützend eingreifen muss, um das Nichtvorhandensein von vielen Bundespolizistinnen und Bundespolizisten auszugleichen. Haben Sie die Vermutung oder vielleicht sogar konkrete Erkenntnisse darüber, dass aufgrund dieser Einsätze andere Aufgaben liegen bleiben müssen oder es dann an anderer Stelle hakt, weil Sie als Landespolizei möglicherweise auch bundespolizeiliche Aufgaben wahrnehmen müssen?

Herr Walter, als Vorsitzender der DPoIG Bundespolizeigewerkschaft fordern Sie in Ihrer Stellungnahme auch von der Deutschen Bahn AG intensive Anstrengungen zur Verbesserung der Sicherheit an den Bahnhöfen. Das ist ebenfalls ein wichtiges Thema, denke ich; denn daran erkennt man, dass hier nicht nur ein Player alleine wichtig ist. Können Sie das bitte noch einmal konkretisieren? Und ist aus Ihrer Sicht das Sicherheitspersonal der Bahn den Anforderungen dahin gehend gewachsen, Bahnhöfe zu Orten von Sicherheit zu machen? Oder sehen Sie da auch noch Potenzial nach oben und Verbesserungsmöglichkeiten?

Herr Mischke, abschließend für die erste Runde habe ich noch zwei Fragen an Sie als Vertreter des BDK. – Erstens. Sie erwähnen in Ihrer Stellungnahme konkrete Beispiele wie gemeinsame Wachen von Bundes- und Landespolizei in der Stadt Hamburg. Wissen Sie auch, welche Erfahrungen dort vor Ort gemacht wurden? Denn ich finde es immer wichtig, von anderen Gutes zu lernen.

Zweitens. Sie haben in Ihrer Stellungnahme auch – meines Erachtens sehr aussagekräftig – darauf Bezug genommen, dass der Grenzeinsatz in Bayern gerade für nordrhein-westfälische Landesbeamtinnen und -beamte zu beenden ist. Ich zweifle nicht daran, dass das notwendig ist, weil sich auch andere Sachverständige in diese Richtung geäußert haben. Können Sie uns aber auch noch einmal die konkreten Auswirkungen dieses Einsatzes darlegen? Was bedeutet es, dass Kolleginnen und Kollegen an der Landesgrenze in Bayern Dienst tun und dann hier bei uns fehlen?

**Marc Lürbke (FDP):** Sehr geehrte Sachverständige, herzlichen Dank dafür, dass wir heute mit Ihnen diskutieren können. Es ist immer gut, hier auch einen Einblick in die Praxis zu bekommen.

Ohne Frage ist dieses Thema wichtig. Allerdings müssen wir in dieser Anhörung meines Erachtens gut schauen: Was gehört wirklich in den Landtag Nordrhein-Westfalen? Was gehört vielleicht doch eher in den Deutschen Bundestag? – Aber Kollege Ganzke nickt. Gerade finden ja Sondierungen statt. Da gibt es sicher vieles, was man auch mitnehmen kann.

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Wir sind nicht in der politischen Bewertung, sondern Sie haben das Fragerecht, Herr Lürbke.

**Marc Lürbke (FDP):** Jawohl. – Herr Ganzke hat schon einige Punkte angesprochen. Ich will das noch ergänzen.

In allen Stellungnahmen lese ich: Verwaltungsangestellte. – Nordrhein-Westfalen macht hier ja schon einiges bzw. hat jetzt einiges vor. Ich habe nur unterschiedliche Zahlen wahrgenommen. In der Stellungnahme der GdP lese ich von 30 Verwaltungsbeamten, die fehlen; die DPoIG nennt 1.000 bundesweit; der BDK spricht von 300 in Nordrhein-Westfalen. Was würden Sie in puncto Tarifbeschäftigte bzw. Verwaltungsassistenten empfehlen? Und wie sollten sie nach Ihrer Meinung eingesetzt werden, damit es dann auch tatsächlich zu einer Entlastung und einer stärkeren Präsenz der Vollzugsbeamten kommt?

Nächste Frage: In allen Stellungnahmen taucht der Punkt „Abordnung an die bayrisch-österreichische Grenze“ auf. Bitte skizzieren Sie noch einmal in Ihren Worten Ihre Einschätzung dazu. Welche Veränderung wird dadurch ausgelöst, wie ist der aktuelle Stand, und wie beurteilen Sie dies? Hier geht es mir auch darum, dass man die Größenordnung noch klarer fassen kann. Denn dazu habe ich ebenfalls unterschiedliche Zahlen gelesen.

Nächste Frage: Das Personal ist in der Tat die eine Seite. Die Technik als die andere Seite ist auch angesprochen worden – Stichworte „Video“ und insbesondere auch „Digitalfunk“. Wir haben hier im Untersuchungsausschuss zur Kölner Silvesternacht festgestellt, dass es erhebliche Kommunikationsschwierigkeiten der einzelnen Partner untereinander gab. Mich interessiert jetzt Ihre Einschätzung dazu. Wo bestehen denn

diese Schwierigkeiten, sowohl an der Schnittstelle zwischen Bundespolizei und Landespolizei als auch insbesondere mit der Deutschen Bahn, was die Indoor-Abdeckung betrifft? Und was ist hier zu tun?

Die nächste Frage bezieht alle, vor allem auch Herrn Lange, mit ein. Uns muss es ja darum gehen, zu schauen, wie wir zu einer gegenseitigen Effizienzsteigerung kommen können. Wie ist das zu gewährleisten? Wo sehen Sie da konkrete Verbesserungsmöglichkeiten? Herr Mischke, Sie haben in Ihrer Stellungnahme schon einige konkrete Vorschläge gemacht: gemeinsame Fahndungstrupps, grenzüberschreitende Teams, gemeinsame Leitstellen. – Ich nehme an, dass die anderen Sachverständigen auch die Stellungnahme des BDK gelesen haben. Zumindest hoffe ich, dass sie Ihnen zur Verfügung gestellt worden ist, meine Herren. Wenn Sie diese Vorschläge mit in Ihre Beurteilung einbeziehen und sie aus Ihrer Sicht bewerten könnten, wäre das für uns sehr hilfreich.

Letzte Frage: Herr Lange, Ihre Stellungnahme enthält auf Seite 3 eine Tabelle, in der Sie darstellen, welche Maßnahmen nach Anforderung durch die Bundespolizei durch die Landespolizei unterstützt worden sind. In der Stellungnahme der GdP habe ich gelesen, dass solche Zahlen nicht erhoben werden. Für mich einfach nur zum Verständnis: Wie ist denn da die Situation? Was wird jetzt erhoben? Wie kann man das auswerten? – Das ist mehr eine Verständnisfrage, die ich aber gerne beantwortet hätte, damit wir das dann auch aus fachlicher Sicht beurteilen können.

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Nur ein Hinweis, weil hier auch neue Kolleginnen und Kollegen dabei sind: Es ist nicht Aufgabe der Sachverständigen, die Stellungnahmen anderer Sachverständiger zu beurteilen oder dergleichen. Dass man deren Äußerungen bei der Beantwortung von Fragen mit aufnimmt, weil man sie natürlich gelesen hat, ist in Ordnung. Es muss aber nicht sein, dass man eine Bewertung von Vorschlägen anderer Sachverständiger vornimmt. Das kann man auch nicht immer voraussetzen.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Mich treibt eine Frage zum Thema „Sicherheit an Bahnhöfen“ um, seit uns dieser Antrag vorliegt. Ich frage mich nämlich, inwiefern es eine rein polizeiliche Aufgabe ist, Sicherheit zu schaffen. Für mich stellt sich die Frage, welche anderen Veränderungen es geben muss. Gerade der BDK hat ja auch darauf hingewiesen, dass wir an Bahnhöfen zum Beispiel Obdachlose und Drogen, aber auch Taschendiebstahl und andere Delikte haben. Dort versammeln sich also gewisse Szenen. Die Frage ist, ob man nicht auch durch bauliche Änderungen oder was auch immer Veränderungen und Sicherheit schaffen kann. Weil mich diese Frage sehr umtreibt, fände ich es spannend, hier zu hören, ob es eine rein polizeiliche Aufgabe ist, dort für Sicherheit zu sorgen, oder ob dazu nicht auch andere beitragen können oder müssen.

Meine nächste Frage bezieht sich auf das Thema „gemeinsame Fortbildungen“. Der BDK hat erwähnt, dass es solche gemeinsamen Fortbildungen von Bundespolizei und BKA gibt. Ist es sinnvoll, das auch zusammen mit der Landespolizei zu machen, um zum Beispiel ein besseres Verständnis von der jeweiligen Arbeit zu bekommen?

Außerdem habe ich eine Frage zu Organisation und Struktur der gemeinsamen Polizeiteams und Fahndungstrupps, die sowohl polizeibehördenübergreifend als auch länderübergreifend eingesetzt werden. Bitte erläutern Sie uns das noch einmal, insbesondere am Beispiel der gemeinsamen Dienststelle in Kleve.

Bei meiner letzten Frage geht es um das Thema „Flughäfen“. Ich weiß, dass wir heute über Bahnhöfe reden. Bei Flughäfen haben wir es aber auch mit der Zuständigkeit der Bundespolizei zu tun. Mich interessiert hier die Vergleichbarkeit. In einer Stellungnahme wurde angesprochen, dass man möglicherweise auch an Flughäfen gemeinsame Teams einsetzen könne. Ich wüsste gerne, ob das geht. Denn nach meinem Eindruck ist die Arbeit in den Flughäfen noch einmal spezieller als die Arbeit in den Bahnhöfen. Insofern frage ich Sie: Ist das so miteinander vergleichbar? Oder braucht man da nicht auch anderes Personal?

**Dr. Christos Georg Katzidis (CDU):** Herr Walter hat dargestellt, dass aus seiner Sicht nicht nur der Bundesinnenminister hierfür zuständig ist, sondern auch andere eine Verantwortung tragen. Meine Frage an alle Sachverständigen lautet: Wer wäre aus Ihrer Sicht konkret dafür verantwortlich?

Ich würde hier auch nicht nur auf das Landesinnenministerium abstellen wollen. In diesem Zusammenhang möchte ich eine von Frau Schäffer schon gestellte Frage noch etwas konkretisieren. In den Stellungnahmen steht wenig zu Ordnungskräften der Kommunen. Dort haben wir auch verschiedene Partnerschaften. Dies könnte vielleicht auch zu einer Entlastung führen. Wir hatten zum Beispiel in Bonn vor Kurzem die Situation, dass eine gemeinsame Wache – in den Stellungnahmen ist ja teilweise angeklungen, dass so etwas Sinn machen würde – eingerichtet werden sollte, was dann daran gescheitert ist, dass die Beteiligten sich nicht auf die Kostenverteilung einigen konnten. Haben Sie Erkenntnisse dahin gehend, dass das in anderen Regionen ähnlich gelaufen ist, dass also Bestrebungen vorhanden waren, die dann an vielleicht nicht operativen Gründen, um es einmal so zu formulieren, gescheitert sind?

Herr Polizeipräsident Lange, dem Bericht des PP Dortmund entnehme ich, dass vom 13. Oktober 2016 bis zum 30. November 2017 insgesamt 32 unterstützende Einsätze wahrgenommen worden sind. Das scheint nicht besonders viel zu sein. Vielleicht können Sie noch ausführen, ob es aus Ihrer Sicht wenig oder viel ist. Auf den ersten Blick erscheint es jedenfalls so, als habe die Landespolizei da gar nicht allzu viel zu tun.

**Nic Peter Vogel (AfD):** Herr Walter, Sie legen in Ihrer Stellungnahme auf Seite 1 im letzten Absatz dar, dass für die Ausbildung von Personen auf neuen und bereits bewilligten Stellen weitere Kräfte aus der ohnehin ausgedünnten Organisation herausgezogen werden müssen. Können Sie den Umfang grob skizzieren?

Herr Lange, Sie erwähnen in Ziffer 2.2.1 Ihrer Stellungnahme einen sogenannten verhaltensauffälligen Personenkreis. Können Sie diese Gruppe hinsichtlich ihrer Merkmale und Untergruppen näher spezifizieren?

Außerdem erwähnen Sie dort sogenannte Ansammlungen. Welche Problemgruppen versammeln sich hier regelmäßig, und liegen Ihnen Erkenntnisse vor, ob diese Ansammlungen spontan oder planmäßig erfolgen?

Herr Mischke, Sie monieren am Rande Ihrer kursorisch dargelegten Ursachenanalyse auch die weitestgehend unwirksamen Schengen-Ausgleichsmaßnahmen. Wie könnte man dies aus Ihrer Sicht verbessern?

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Vielen Dank. – Nachdem jetzt alle Fraktionen Fragen gestellt habe, eröffne ich die erste Antwortrunde.

**Andreas Nowak (Geschäftsführer Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW):** Ich bedanke mich im Namen der Gewerkschaft der Polizei dafür, dass wir hier zu diesem Thema Stellung beziehen dürfen. – Als Gewerkschaft der Polizei haben wir für den Bereich der Bundespolizei eine eigene Organisationseinheit. Dort haben wir uns kompetenten Rat geholt, und zwar von unserem Kollegen Berthold Hauser, der Mitglied im Vorstand unseres Bezirks Bundespolizei ist. Er wird die fachlichen Fragen zur Bundespolizei beantworten. Ich werde mich speziell auf die landespolizeilichen Aspekte beschränken.

**Berthold Hauser (Vorstandsmitglied Gewerkschaft der Polizei, Bezirk Bundespolizei):** Ich bedanke mich ebenfalls: für die Einladung, bei der SPD für ihren Antrag und bei Andreas Nowak dafür, dass er die Bundespolizei hier mit ins Boot holt. – Ich komme zwar aus Baden-Württemberg, bin aber im Vorstand der GdP, Bezirk Bundespolizei, für den gesamten Bereich Bahnpolizei zuständig.

Die erste an die GdP gerichtete Frage bezog sich auf die Sicherheitskooperationen. Wir finden es unheimlich wichtig, dass es solche Sicherheitskooperationen gibt. Herr Lange hat hier das Beispiel von Dortmund eingeführt. Ich kann Stuttgart – es liegt zwar nicht in Nordrhein-Westfalen, aber in meinem baden-württembergischen Umfeld – als weiteres Beispiel nennen. Wir haben auch eine sehr gute Sicherheitskooperation mit dem Land. Überall dort, wo bundesweit Sicherheitskooperationen bestehen, funktioniert das recht gut in einer einvernehmlichen Zusammenarbeit zwischen den Landespolizeien und der Bundespolizei. Wir unterstützen uns dort gegenseitig. Das hilft uns auch ein bisschen dabei, unseren Personalfehl zu bewältigen. Deshalb finde ich es gerade in der jetzigen Zeit unheimlich wichtig, dass wir diese Sicherheitskooperationen haben, dass wir sie fortführen und dass wir sie auch in allen größeren Bahnhöfen durchführen.

Bei der nächsten Frage ging es um die kleineren Bahnhöfe. Natürlich sind kleinere Bahnhöfe auch betroffen, und zwar dahin gehend, dass wir dort Reviere der Bundespolizei wegen Personalmangel temporär schließen müssen. Auch in größeren Bahnhöfen sind manchmal nur noch ein oder zwei Streifen unterwegs; sie müssen dann raus. Wenn wir in einem Großstadtbahnhof wie Köln oder Düsseldorf nur noch ein oder eineinhalb Streifen haben und der Dienstgruppenleiter dann mit raus muss, ist diese Dienststelle nur noch durch die Leitstelle besetzt.

In solchen Fällen müssen wir immer wieder die Landespolizei anfordern. Damit bin ich auch bei der Frage zu den Unterstützungseinsätzen. Die Bundespolizeidirektion Sankt Augustin, die für Nordrhein-Westfalen zuständig ist, hat einen wunderschönen Managementbericht erstellt. Darin wurden die Zahlen, Daten und Fakten festgehalten. Nicht jede Bundespolizeidirektion erstellt einen solchen Bericht. Hier wird das aber gemacht. Wir haben schon einmal nachgefragt: Warum erhebt ihr nicht, wie oft die Landespolizei zu den Bahnhöfen gerufen wird, wenn keine Bundespolizei dort ist? – Wie oft steht der Bürger vor verschlossenen Türen, ärgert sich und kommt nicht weiter, weil keine Polizei da ist? Wenn die Bundespolizei nicht da ist und die Landespolizei gerufen wird, müssen die Bürger zwischen 30 Minuten und einer Stunde warten, bis Polizei vor Ort ist. Das ist eigentlich nicht hinnehmbar. Damit wir diese Zahlen haben und sie auch dem Bundesinnenminister vorlegen können, um ihm zu sagen: „Wir brauchen dringend das entsprechende Personal“, wäre es notwendig, sie einmal zu erheben.

**Andreas Nowak (Geschäftsführer Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW):**

Eine Frage, die sich eher an mich richtet hat, war die Frage von Frau Schäffer nach weiteren Verantwortlichen. Natürlich sind gerade zum Beispiel in Bezug auf die Bahnhofsvorplätze weitere Verantwortliche mit im Boot. Seit einigen Jahren gibt es ein Bundesverwaltungsgerichtsurteil, das ganz klar festgelegt hat, dass auf den Bahnhofsvorplätzen, wenn dort keine Bahnanlagen vorhanden sind, originär die Landespolizei zuständig ist.

In diesem Zusammenhang wurde auch das Vorfeld angesprochen. Hier wurden zum Beispiel Personen, die sich dort aufhalten, und bauliche Gegebenheiten genannt.

Was die baulichen Gegebenheiten angeht, sind natürlich auch die Kommunen, die großen Städte, mit im Boot. Im Übrigen wäre für einige Bahnhöfe und Vorplätze das Wort „Verwahrlosung“ noch eine harmlose Bezeichnung. Sie sehen teilweise schon sehr heruntergekommen aus.

Gerade in Zeiten, in denen kleinere Bahnhöfe ... Und bei kleineren Bahnhöfen reden wir zum Beispiel vom Bahnhof in Gelsenkirchen. Er gilt bei der Bundespolizei als kleinerer Bahnhof. Der Bahnhof in Bochum, einer Stadt mit über 300.000 Einwohnern, ist ein mittlerer Bahnhof. Wer diesen Bahnhof kennt, weiß, dass er recht groß ist. Wenn ein solcher Bahnhof nur zeitweilig besetzt ist oder dort nur zeitweilig Streifen durchgeführt werden können, sind zwangsläufig Unterstützungseinsätze erforderlich.

Was die Unterstützungseinsätze betrifft, hat Herr Lange für Dortmund die Zahlen erhoben. Sie werden allerdings nicht überall erhoben. Vor allen Dingen kann man auch nicht immer feststellen: Ist das noch ein Unterstützungseinsatz, oder ist es schon ein originärer Einsatz der Landespolizei? – Ich habe gerade die Bahnhofsvorplätze angesprochen. Teilweise besteht da eine Abgrenzungsschwierigkeit.

Um noch einmal abschließend auf die Frage von Frau Schäffer zurückzukommen: Natürlich sind andere Akteure mit im Boot. Eines ist aber auch klar: Wenn man sich um das Umfeld eines Bahnhofs besonders kümmert und dort Maßnahmen durchführt, wird ein Verdrängungsprozess stattfinden. Das heißt, dass die Rauschgiftszene oder Obdachlosenszene aus dem Bahnhofsumfeld in die angrenzenden Bereiche verdrängt

wird. Insofern muss man dort, wenn überhaupt, ein Gesamtkonzept fahren, damit solche Verdrängungseffekte nicht auftreten.

**Berthold Hauser (Vorstandsmitglied Gewerkschaft der Polizei, Bezirk Bundespolizei):** Eine weitere Frage bezog sich auf die Technik und den Digitalfunk. Hier kann ich berichten, dass beim Digitalfunk in den Bahnhöfen oft die Verbindung fehlt. Wenn wir im Tunnel oder im S-Bahn-Bereich oder auch im U-Bahn-Bereich sind, haben wir keine Verbindung zu den Dienststellen. Dann sind die Beamten darauf angewiesen – und das in Deutschland –, entweder ihr Handy oder ein Festnetztelefon zu benutzen, um um Hilfe zu rufen.

Die digitale Kompetenz der Bundespolizei muss verbessert werden. Wir haben die Videotechnik. Am Bahnhof in Köln sind 200 Kameras eingesetzt. Die Deutsche Bahn bringt uns dann die Aufzeichnungen. Und jetzt ruft die Deutsche Bahn plötzlich: „Wir brauchen die Festplatten wieder“, weil die Bundespolizei kein Personal im Ermittlungsdienst hat, um die Aufzeichnungen auszuwerten. Diese Dinge müssen geregelt werden. Das hängt aber alles mit dem Personalmangel zusammen. Wir haben einfach kein Personal, um die ganze Auswertung zu machen.

Genauso geht es weiter. Die Deutsche Bahn hat acht verschiedene Videotechniksysteme. Sie müssen bundesweit eigentlich einmal auf einen einheitlichen Level gebracht werden; denn man kann nicht jeden Beschäftigten oder jeden Beamten in acht Systemen ausbilden. Diese Dinge müssen bundesweit angegangen werden. Wir brauchen bei der Bundespolizei ausgebildete Videotechniker, die wir nicht haben. Und wer nimmt die Videoanlage ab? Wer wartet die Videoanlage? Alle diese Fragen sind nicht geklärt. Hier sind Verhandlungen zwischen der Bundespolizei und der Deutschen Bahn oder auch dem Betreiber von Bahnhöfen dringend notwendig.

**Andreas Nowak (Geschäftsführer Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW):** Frau Schäffer, Sie haben eine Frage zu den Flughäfen gestellt. Das ist zwar heute hier nicht direkt Thema. Ich kann Ihnen aber sagen, dass es in Nordrhein-Westfalen vier Flughäfen gibt, bei denen schon jetzt die Bezirksregierung bzw. die Landespolizei für die Sicherheit zuständig ist. An den Flughäfen Paderborn/Lippstadt, Dortmund/Osnabrück, Münster und Weeze ist bereits heute die originäre Zuständigkeit der Landespolizei gegeben, was unter anderem dazu führt, dass sie dort regelmäßig herangezogen wird, um Maßnahmen durchzuführen.

**Berthold Hauser (Vorstandsmitglied Gewerkschaft der Polizei, Bezirk Bundespolizei):** Auf die Frage zur grenzüberschreitenden Kooperation kann ich aus Sicht der Gewerkschaft der Polizei auch eine Antwort geben. Ich war selber dreieinhalb Jahre in Aachen an der Grenze tätig. Deshalb kenne ich mich dort ein wenig aus. Es ist dringend notwendig, dass wir hier auch mit anderen europäischen Ländern kooperieren. Jetzt möchte ich nur noch einmal auf Baden-Württemberg zurückgreifen. Im Dreiländereck haben wir zum Beispiel gemeinsame Dienststellen mit der Schweiz – und die Schweiz gehört nicht zum Schengen-Raum – im Bereich Basel. Dort machen das

Schweizer Grenzwachtkorps und die Bundespolizei gemeinsame Streifen und gemeinsame Kontrollen.

Eine solche Kooperation wäre auch für die Bundespolizei im Bereich Aachen an den Grenzen zu Belgien und den Niederlanden sehr hilfreich. Gemeinsame Streifen mit den europäischen Partnern würden uns dort schon viel weiterhelfen. Das ist dringend notwendig; denn uns fehlt die Filterfunktion an der Grenze. Weil wir im Bereich Aachen nur 50 % an Personal haben, können wir auch die Grenze nicht bedienen. Es geht zwar heute hier nur um die Sicherheit an Bahnhöfen. Aber im Bereich Aachen betrifft es auch die Grenze, genauso wie im Bereich Kleve.

Nun komme ich zur Beantwortung der letzten noch offenen Frage. Die Bundespolizeidirektion Sankt Augustin ordnet derzeit noch Personal aus Nordrhein-Westfalen an die bayerisch-österreichische Grenze ab. Durch das Bundespolizeipräsidium ist jetzt geplant, ab April/Mai 2018 diese Abordnungen zu reduzieren, sodass zwischen 20 und 30 Polizeibeamte hierher zurückkommen werden. Das ist ein erster Schritt. Wir haben lange darum gekämpft. Ich hoffe, dass er im Mai dieses Jahres auch so vollzogen wird, damit wir hier wieder mehr Personal haben.

**Ernst G. Walter (Bundesvorsitzender DPoIG Bundespolizeigewerkschaft):** Auch ich möchte mich für die Möglichkeit bedanken, im Namen der Bundespolizeigewerkschaft hier zu den Problematiken Stellung nehmen zu können. Ich versuche, dabei in der Reihenfolge vorzugehen, in der die Fragen gestellt worden sind.

Der Fragesteller der SPD-Fraktion hatte explizit gefragt, ob wir die personelle und materielle Ausstattung seitens der DB AG für ausreichend halten. Ich beginne einmal mit der materiellen Ausstattung. Wenn Sie sich die Bahnhöfe in Nordrhein-Westfalen anschauen und sie mit den internationalen Flughäfen in Nordrhein-Westfalen vergleichen, werden Sie feststellen, dass wir an den Bahnhöfen, auch an den großen Bahnhöfen, die ja ein absolutes Terrorziel sein können, keinerlei Kfz-Sperren etc. zu verzeichnen haben. Hier müsste vonseiten der DB AG sehr viel mehr für die bauliche Sicherheit dieser Gebäude getan werden. Das hat wiederum eine indirekte Auswirkung auf den Personalbedarf; denn je mehr materielle Sicherung ich habe, umso weniger personelle Sicherung muss ich einsetzen.

Ich kann damit gleich die Beantwortung der von anderen Fraktionen gestellten Fragen nach der Videotechnik und dem Digitalfunk verknüpfen. Das sind ganz wichtige und für die Polizeiarbeit an den Bahnhöfen existenzielle Voraussetzungen, die dort in Masse nicht gegeben sind. Eigentlich ist der Digitalfunk eine vorbildliche technische Errungenschaft. So haben wir – unterhalten Sie sich einmal mit den Fachleuten, beispielsweise mit dem Präsidenten der BDBOS – eine 99,9%ige Abdeckung des Digitalfunks in ganz Deutschland. Das schafft kein Vodafone-, kein T-Online- und kein O2-Netz, sondern nur der Digitalfunk.

Das Riesenproblem beim Digitalfunk ist allerdings die Indoor-Versorgung. Das ist nicht nur für die Bundespolizei in den Flughäfen und in den Bahnhöfen ein Problem, sondern genauso auch für die Landespolizeien bei ihren Einsätzen in Hochhäusern oder in Kaufhäusern. Hier sind die Betreiber der betreffenden Liegenschaften gefordert.

Beispielsweise der Flughafen Düsseldorf hat sich hier vorbildlich verhalten, indem in dem gesamten Gebäude Repeater für den BOS-Funk zur Verfügung stellt. Deshalb bekommt man am Flughafen Düsseldorf – ich war dort 20 Jahre lang stellvertretender Dienststellenleiter; das ist also quasi meine Heimatdienststelle, auch heute noch – in jedem Gate, in jedem Keller und in jedem Abflugbereich eine Digitalfunkverbindung.

Genauso kann man das auch in jedem Bahnhof machen. Das geschieht aber nicht. Es wird von der DB AG grundsätzlich abgelehnt, in bestehenden Bahnhofskomplexen oder Tunnelanlagen diese Repeater-technik einzubauen. Sie macht das nur bei Neubauten. Hier ist die Politik ganz immens gefragt, Druck auf die DB AG auszuüben, damit sichergestellt wird, dass der BOS-Funk – der ja nicht nur von der Landespolizei und der Bundespolizei genutzt wird, sondern auch von den Feuerwehren – entsprechend funktioniert.

Für die Feuerwehr ist das noch relativ unproblematisch. Denn bei einem Einsatz in einem Bahnhof kommt sie mit einem ganzen Einsatzzug an; dann wird vom ersten Fahrzeug die Relaischaltung hineingebracht, und die Feuerwehr kann für die Dauer des Einsatzes darüber funken. Das geht aber beim täglichen polizeilichen Einsatz nicht. Bei Fußballereinsätzen setzen wir auch schon mal mobile Repeater ein. Diese dürfen aber allein aus technischen Gründen nicht länger als einige Stunden dort verwendet werden.

Hier bedarf es dringend einer zusätzlichen Ausstattung ihrer Liegenschaften durch die DB AG. Ich sage ganz bewusst „Liegenschaften“ und nicht „Bahnhöfe“. Denn jeder erinnert sich wahrscheinlich noch an den Vorfall in einer Tunnelanlage, bei dem ein Kollege von uns bis zur Bewusstlosigkeit gewürgt wurde und man per Funk keine Verstärkung herbeiholen konnte, sondern ein Melder eingesetzt werden musste. Das muss man sich einmal vorstellen. Heute, im 21. Jahrhundert, musste ein Melder eingesetzt werden, um Zusatzkräfte heranzuführen und die Situation zu entschärfen.

Wir plädieren auch ganz klar für eine Erhöhung der materiellen Ausstattung im Bereich der Videotechnik. Herr Kollege Hauser hat schon darauf hingewiesen. In Köln haben wir jetzt moderne Videotechnik, mit der wir auch Leute erkennen können. Videotechnik ist toll, wenn man sie hinterher zur Repression nutzt. Sie ist aber noch viel besser, wenn man das Geschehen eins zu eins live beobachtet, also jemanden hinter den Bildschirmen sitzen hat, der dann auch reagieren kann, damit erst gar nichts passiert, weil man einschreiten kann.

Auch hierzu – ich verknüpfe das mit einer anderen Forderung von uns – kann man Angestellte einsetzen. Hinter diesen Bildschirmen muss kein Polizeibeamter sitzen. Das können auch Angestellte sein. Im internationalen Bereich macht man das genauso. Dort sitzen auch keine ausgebildeten Polizisten hinter den Bildschirmen. Die Polizisten sind vor Ort und entscheiden, was zu tun ist, wenn es um die Auflösung einer solchen Lage geht. Für die Beobachtung der Bildschirme kann man durchaus auch Personal aus dem Tarifbereich einsetzen.

Damit komme ich auch zu der Frage bezüglich der Verwaltungsangestellten, die in einigen Stellungnahmen erwähnt werden, oder operativen Polizeiassistenten bzw. Ein-

satzassistenten, wie wir sie bezeichnen. Selbstverständlich könnten viele administrative Tätigkeiten durch Verwaltungsangestellte, die relativ schnell auszubilden und einzustellen sind, oder auch von anderen Behörden übernommen und erledigt werden. Dadurch würde zusätzliches Personal im Vollzugsbereich freigesetzt. Vonseiten der Bundespolizeigewerkschaft fordern wir bereits seit Jahren wieder eine stärkere Einstellung von bundespolizeilichen Unterstützungskräften, wie sie seinerzeit nach der Wiedervereinigung an der polnischen und an der tschechischen Grenze erfolgt ist. Dort existieren immer noch bundespolizeiliche Unterstützungskräfte, die gemeinsam mit den Kollegen Streife fahren. Sie stellen keine Billigpolizei dar, sondern übernehmen unterstützende operative Tätigkeiten wie ED-Behandlungen, Transportfahrten, leichtere Bewachungstätigkeiten etc. pp. Hier gibt es viele Möglichkeiten – auch in den Bereichen der Computertechnik und der Anzeigenbearbeitung –, mit Angestellten zu arbeiten, um Polizeibeamte freizusetzen. Bei diversen Aufgaben hätten wir Verwendung für diese Kräfte.

Zur Abordnung an die Südgrenze wurde bereits etwas gesagt. Ab 1. April 2018, denke ich, wird dieses Thema in Nordrhein-Westfalen kaum noch eine Rolle spielen, weil man bereits die weise Entscheidung getroffen hat, diese Abordnung zurückzufahren.

Von der Grünenfraktion wurde ich auf die Stellungnahme zur Situation an den Flughäfen angesprochen. Hier rede ich ganz bewusst von den großen Flughäfen – nicht den kleineren, die ohnehin unter Landesägide fallen –, also Köln/Bonn und Düsseldorf. Das sind die sogenannten Personalfresser. Aufgrund des zunehmenden Luftverkehrs brauchen wir an den Flughäfen von Jahr zu Jahr immer mehr Bundespolizisten, und zwar nicht nur im Bereich der Luftsicherheit, sondern gerade auch im Bereich der grenzpolizeilichen Kontrolle. Dort könnte man – da haben Sie recht – keinen Landespolizisten einsetzen, weil das völlig andere Tätigkeiten sind, die völlig andere Qualifikationen erfordern.

Etwas anderes ist es aber beispielsweise bei der Streifentätigkeit innerhalb der Terminals. Dort haben wir eine Doppelzuständigkeit. Für bestimmte Dinge ist die Bundespolizei zuständig; für andere Dinge, zum Beispiel Taschendiebstahl oder Kofferdiebstahl, ist die Landespolizei zuständig.

Deswegen halten wir auch gemeinsame Wachen für sehr sinnvoll. Damit knüpfe ich an eine Frage der CDU-Fraktion an. In diesem Zusammenhang wurde erwähnt, dass das Haus der Sicherheit in Bonn leider aufgrund von finanziellen Fragen gescheitert ist. Etwas Ähnliches hatten wir 1996 in Düsseldorf. Nach dem Flughafenbrand am 11. April 1996 mussten ja neue Polizeidienststellen-Gebäude geschaffen werden. Wir haben seinerzeit vonseiten der Bundespolizei die britische Kaserne quasi besetzt und nutzen sie bis heute. Damals kam die Idee auf, dort ein gemeinsames Behördenzentrum von Landespolizei, Zoll und Bundespolizei zu errichten. Auch das ist seinerzeit leider gescheitert.

Es hat dann fast 20 Jahre gedauert, bis wir vor zwei Jahren zumindest eine gemeinsame Wache von Landes- und Bundespolizei im Terminal bekommen haben. Wenn wir dort schon einen Informations-Point gemeinsam mit Landes- und Bundespolizisten besetzen, bestände auch die Möglichkeit, beispielsweise ein gemeinsames Streifenkonzept innerhalb des Flughafens zu realisieren.

Dann wäre es auch nicht mehr erforderlich, so viele Bundespolizisten von den Bahnhöfen heranzuziehen. Denn weitaus mehr Bundespolizisten unterstützen von den Bahnhöfen aus tagtäglich die Flughäfen in Nordrhein-Westfalen, als zur Südgrenze abgeordnet sind. Das wäre der mittelbare Erfolg. Dadurch hätten wir wieder mehr Polizisten im Bahnhof. Das war der Hintergrund meiner Anmerkung in der Stellungnahme.

Außerdem wurde zu der Verantwortung an den Bahnhofsplätzen und den dortigen Gegebenheiten nachgefragt. Selbstverständlich ist das eine gesamtheitliche Aufgabe. Das habe ich auch in meiner Stellungnahme zum Ausdruck bringen wollen. Es ist eine Aufgabe des Bundes und des Landes, aber natürlich auch der Kommunen. Hier denke ich gerade an die Ordnungsämter, die auch, wie die Kollegen von der GdP schon sagten, im Vorfeld des Bahnhofs für Ordnung sorgen müssten. Dadurch würden sie die Sicherheit immens erhöhen.

In dieser Frage ist die DB AG natürlich wieder mit im Boot, weil sie im Rahmen ihrer Eigensicherungspflichten auch eine Verantwortung zu tragen hat, wenn es darum geht, ihre Liegenschaften entsprechend sicher zu machen. Es gab ja das schöne 3-S-Konzept – Service, Sicherheit und Sauberkeit. Diese 3-S-Zentralen müssten neu belebt werden, damit man hier auch eine gemeinsame Wirkung schafft.

Eine weitere Frage bezog sich auf die zusätzlichen Stellen für Trainer und Lehrer, die aus dem normalen Dienst abgezogen werden. Diese Frage kann ich für die einzelnen Dienststellen nicht konkret beantworten. Ich kann Ihnen nur Folgendes sagen: Bisher haben wir innerhalb der Bundespolizei an die 1.000 Leute ausgebildet; es waren 700 bis 800 Polizeianwärter pro Jahr. Heutzutage werden wir 2.800 Polizeianwärter pro Jahr ausbilden. Sie können sich sicherlich ungefähr vorstellen, wie viele zusätzliche Lehrerstellen dafür notwendig sind. Pi mal Daumen kostet das die Bundespolizei momentan 500 bis 600 Stellen. Denn wir haben innerhalb der Aus- und Fortbildungsorganisation nicht das entsprechende Stellenpotenzial, sondern müssen von außen Personal zuführen. Das sind genau die Kolleginnen und Kollegen, die ich meine. 500 bis 600 Trainer und Lehrer werden aus der bestehenden Einsatzorganisation herausgezogen, um diesen Ausbildungsboom bewältigen zu können.

Das ist auch keine temporäre Geschichte. Es beschränkt sich nicht auf die 7.300 Stellen – wobei drei mal 2.800 schon weit über 7.300 sind –, die das Parlament uns jetzt zugibt hat. Hinzu kommt, dass wir in den zehn Jahren von 2019 bis 2029 rund 10.000 bewaffnete Bundespolizisten verlieren werden, weil sie in Pension gehen. Zusätzlich zu den 7.300 Stellen müssen wir also diese 10.000 Pensionierungen berücksichtigen. Wenn man dem, was aus den Sondierungsgesprächen herausicksert, glauben darf, werden wir bei der Bundespolizei ja noch einmal 7.500 Stellen dazubekommen.

Deshalb ist davon auszugehen, dass wir diese zusätzlichen Trainerstellen in der Größenordnung von 500 bis 600 über die nächsten zehn Jahre brauchen werden, um überhaupt die Ausbildung stemmen zu können. Dafür haben wir ja zwei zusätzliche Aus- und Fortbildungszentren geschaffen – in Bamberg mit bis zu 2.500 Ausbildungsstellen. Das ist ein völlig neues Potenzial, das wir in diesem Umfang noch nicht kannten. Dazu bedarf es natürlich zusätzlichen Personals. Hier wäre es auch hilfreich, auf eine Erhöhung der Aus- und Fortbildungsorganisation im Stellenpool hinzuwirken, um der ständigen Herausnahme von Einsatzkräften entgegenzuwirken.

**Gregor Lange (Polizeipräsident Dortmund):** Ich bedanke mich für die Gelegenheit, hier zur Zusammenarbeit – darauf möchte ich mich im Wesentlichen konzentrieren – der Kreispolizeibehörde Dortmund mit der Bundespolizei einige Ausführungen zu machen. – Initiiert haben wir diese Zusammenarbeit aufgrund einer Situation, die wir in Dortmund auch schon seit längerem kennen, nämlich herausgehobenen Sachverhalten und herausgehobenen Darstellungen, die es bundesweit gegeben hat. Das Ganze geht auf einen Sachverhalt zurück, der sich schon vor längerer Zeit in München im öffentlichen Personennahverkehr zugetragen hat. Ein Familienvater, der versuchte, bei einem Übergriff einzugreifen, ist aufs Übelste einer Gewalttat zum Opfer gefallen. Das ist sehr lange in den Medien ganz breit diskutiert worden.

Damit bin ich auch schon bei dem Thema, das uns, glaube ich, alle gemeinsam in der nächsten Zeit immer wieder beschäftigen wird, nämlich dem Thema einerseits der objektiven Sicherheitslage und andererseits des subjektiven Sicherheitsgefühls. Für beides ist letzten Endes auch die Polizei verantwortlich. Sie muss sich diesen Aufgaben stellen.

Wir haben in Dortmund daraus Konsequenzen gezogen, weil klar ist – das sieht die Bundespolizei nicht anders als wir –: In einer Großstadt wie Dortmund haben wir im Bereich des Hauptbahnhofs, aber auch im Bereich der U-Bahn-Haltestellen und an anderen neuralgischen Punkten der Stadt ein Personenaufkommen, das durchaus anders ist als in den häufig schön abgegrenzten Bereichen einer Stadt. Im Süden wohnen diejenigen, die ein gutes Einkommen haben und sich ein wenig abschotten; in anderen Stadtteilen gibt es eine andere Zusammensetzung. Am Hauptbahnhof und im öffentlichen Personennahverkehr kommen Menschen aus allen Bereichen, aus allen sozialen Schichten, Gute und Böse, um es einmal so zu formulieren, zusammen. Insofern ist das auch für alle Beteiligten eine besondere Aufgabenstellung.

Lassen Sie mich bei der Frage von Frau Schäffer anfangen. Aus meiner Sicht muss das Thema tatsächlich insofern „Jeder macht seins“ heißen, als dass die Polizei ihre repressive Aufgabe an dieser Stelle auch ernst nehmen muss. Es muss aber allen klar sein, dass damit in allererster Linie nur die Symptome bearbeitet werden. Das ist auch notwendig; das muss die Polizei auch tun. Wenn man die Ursachen angehen will, darf aber das eine das andere nicht überlagern oder verdecken. Vielmehr ist immer beides sinnvoll und nötig.

Unsere Zusammenarbeit hat deshalb zum Ziel gehabt, an definierten Orten der Stadt Dortmund, nämlich an U-Bahn-Haltestellen, am Hauptbahnhof und auf verschiedenen öffentlichen Plätzen, durch eine Verbesserung der objektiven Sicherheitslage das Sicherheitsgefühl positiv zu beeinflussen. Das ist der generelle Ansatz für Dortmund.

In diesem Zusammenhang muss ich erwähnen, dass – über diese Tatsache sind sich ja alle einig – sowohl bei der Bundespolizei als auch bei der Landespolizei Personal aufgebaut werden muss. Da geschieht auch einiges. Wenn ich es richtig wahrgenommen habe, ist parteiübergreifend im Wesentlichen unstreitig, dass zusätzliches Personal erforderlich ist. Wir sind uns aber auch im Klaren darüber, dass man Personal nicht von heute auf morgen in die Behörden bringen kann, sondern dass es einen Vorlauf braucht. Dieses Personal muss nämlich ausgebildet werden. Das dauert drei Jahre. Insofern ist es beim Land nicht anders als beim Bund. Bis die Kolleginnen und Kollegen vor Ort anfangen können, dauert es seine Zeit.

Schon allein aus diesem Grund sollte man sich Gedanken darüber machen, wie man solche Phasen sinnvoll überbrückt. An dieser Stelle sollte man sich fragen: Wie können wir die Kräfte am besten bündeln? Wie können wir am schlagkräftigsten sein, indem wir effektiv und effizient zusammenarbeiten?

Deswegen ist in Dortmund die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei, aber auch mit DSW21 als den für den öffentlichen Personennahverkehr Verantwortlichen ein ganz wichtiges Projekt. Hier sind wir seit Jahren in einer engen Kooperation.

Insgesamt setzen wir in Dortmund in Bezug auf die Sicherheit im öffentlichen Raum auf drei wesentliche Aspekte:

Der erste Aspekt ist das Instrument zentralisierter Ermittlungskommissionen, die zu bestimmten Themen Kräfte im eigenen Haus zusammenziehen und bündeln, um Erkenntnisse zu gewinnen, die über den Einzelfall hinausgehen, damit man Kriminalitätsstrukturen und Bandenstrukturen aufdecken kann.

Der zweite Aspekt ist das Thema „Präsenz“. Wir brauchen inzwischen immer stärker und immer mehr die Polizei, die im öffentlichen Raum auch auftritt und präsent ist. Sie hat dabei nicht nur den Auftrag, mit einem Polizei-Bulli irgendwo durchzufahren, sondern ist tatsächlich im öffentlichen Raum unterwegs und ansprechbar und trifft dort Maßnahmen. Das ist ganz wichtig. Wir brauchen eine aktive Polizei, die auf problematische Gruppen – auf die Frage, was eine problematische Gruppe ist, komme ich gleich zurück – frühzeitig zugeht und deutlich macht, dass an dieser Stelle mit der Polizei zu rechnen ist und dass man bestimmte Dinge, die sich letzten Endes in einer Gefahr manifestieren können, auch wahrnimmt.

Der dritte Aspekt ist das Eingehen von Kooperationen, um Kräfte zu bündeln und das fehlende zusätzliche Personal, das wir uns alle, auch in Dortmund, im Moment nicht leisten können, hoffentlich aber bald aufbauen werden, durch Zusammenarbeit so weit wie möglich zu kompensieren.

Das funktioniert in Dortmund recht gut. Mit Blick auf die Vergangenheit können wir an verschiedenen Stellen durchaus sagen, dass das, was wir da tun, wirksam ist. Die Zusammenarbeit mit der Bundespolizei und DSW21 hat, von 2011 an gerechnet, in den meisten Jahren zu einem Rückgang definierter Delikte, nämlich Raubtatbeständen sowie gefährlichen und schweren Körperverletzungen, am Bahnhof, an U-Bahnhöfen etc. geführt – mit kurzer Unterbrechung; das muss man sagen. In den Jahren 2014 und 2015 hat es wieder einen leichten Anstieg gegeben. Er ist aber im Jahr 2016 wieder zurückgeführt worden.

Man muss eben dranbleiben. Das Ganze darf keine Eintagsfliege sein. Wenn man im öffentlichen Raum den Kontrolldruck hoch halten will, muss man immer wieder zeigen, wer den längeren Atem hat.

Das versuchen wir in Dortmund in dieser Kooperation aufrechtzuerhalten. Die Zahlen gehen jetzt wieder zurück. Im Jahr 2016 sind sie schon zurückgegangen. Für das Jahr 2017 liegen zwar noch keine Gesamtzahlen für den Bereich der Zusammenarbeit und Kooperation vor. Auf Basis der Zahlen bis Oktober, die mir jetzt vorliegen, kann ich aber Folgendes sagen: Bei den Straftaten, die in dieses Muster fallen – Raubstrafaten

oder generell Straßenkriminalität –, verzeichnen wir stadtweit die niedrigsten Zahlen seit fünf Jahren. Wenn sich die Entwicklung so fortsetzt, werden wir 2017 auch die niedrigsten Straftatenzahlen bei den Themen „Straßenkriminalität“, „Raubüberfälle auf Straßen, Wegen und Plätzen“ und „Taschendiebstahl“ haben. In diesen Bereichen helfen die Kooperation, die Präsenzkonzepte und die zentralisierten Ermittlungskommissionen also eine Menge.

Der Hauptbahnhof liegt bei uns im Wachbereich Mitte. Deswegen habe ich mir auch noch einmal die Zahlen dahin gehend angeschaut, wie es im Wachbereich Mitte bis Oktober dieses Jahres in diesen Deliktsfeldern aussieht. Ich kann das im Moment – darauf weise ich noch einmal hin, damit es nicht missverstanden wird – nicht auf den Hauptbahnhof oder die U-Bahn-Stationen herunterbrechen, sondern es nur allgemein formulieren. Auch hier verzeichnen wir bei der Straßenkriminalität die niedrigste Zahl seit fünf Jahren. Das Gleiche gilt für das Thema „Raub“ und für das Thema „Taschendiebstahl“.

Das schreiben wir zu einem guten Teil der Kooperation und der Zusammenarbeit zu – und der Tatsache, dass wir mit diesen zentralisierten Ermittlungen Strukturen aufdecken und gleichzeitig mit verdeckter Präsenz tätig sind. Das ist neben uniformierter Präsenz ebenfalls ganz wichtig. Wir haben in den vergangenen Jahren auch sehr intensiv die sogenannten Einsatztrupps ausgebaut, sind also mit verdeckter Präsenz tätig.

Ich habe mich kurz vor Weihnachten auch noch einmal kurz mit dem Präsidenten der Bundespolizei in Sankt Augustin, Herrn Wurm, ausgetauscht. Wir sehen es, glaube ich, genau gleich. Wir halten das, was wir in Dortmund zurzeit gemeinsam tun, für ein Erfolgsprojekt für Dortmund und sind auch froh darüber, dass uns diese Kooperation weiterhilft.

Vonseiten der FDP ist eine Frage zu der in meiner Stellungnahme enthaltenen tabellarischen Auflistung der Unterstützungsleistungen der Landespolizei gestellt worden. Ja, man hätte in die Stellungnahme wertende Sätze im Sinne von „viel“ oder „wenig“ schreiben können. Darauf habe ich bewusst verzichtet, weil ich Ihrer Bewertung nicht vorgreifen möchte. Ich will also nicht so tun, als ob ich als Experte Ihre Bewertung, ob das nun viel oder wenig ist, übernehmen könnte. Schließlich ist das auch eine Frage des Betrachters. Aus meiner persönlichen Sicht – ich habe die Zahlen ja weiter heruntergebrochen – sind die von mir aufgeführten sechs Einsätze mit der Priorität 1 oder 2 in 400 Tagen nicht erfolgskritisch gewesen.

Trotzdem ist klar – dass ich das deutlich mache, wird schon der Kollege von der Bundespolizei von mir erwarten; ich persönlich sehe es natürlich auch so –, dass man zwischen dem Ist und dem Soll, was die Ausstattung der Polizei angeht, noch Luft nach oben hat. Insofern schließe ich mich gerne denjenigen an, die sagen: Ich freue mich, wenn das dann wieder zu 100 % in unsere Kooperation eingebracht wird; das kann ja nur helfen; je mehr, desto besser. – Genauso formuliere ich es natürlich für uns als Landespolizei auch.

Deshalb halte ich es gar nicht für so wichtig, ob man das nun als viel oder als wenig bezeichnet. Denn je mehr Kräfte wir haben und je besser wir aufgestellt sind, desto besser funktioniert letzten Endes auch die Kooperation und Zusammenarbeit. So möchte ich das einmal zusammenfassen.

**Thomas Mischke (Vorsitzender Bund Deutscher Kriminalbeamter, Verband Bundespolizei):** Ich freue mich sehr darüber, dass ich als Angehöriger der Bundespolizei heute die Möglichkeit habe, hier zu Ihnen zu sprechen und einmal einige Probleme aufzuzeigen. Es sind ja reichlich Fragen gestellt worden, die ich gerne beantworten werde.

Ich erlaube mir aber, zunächst darauf hinzuweisen, dass ich jetzt im 37. Dienstjahr bin. 20 davon habe ich bei der Landespolizei von Nordrhein-Westfalen absolviert, bei der ich als Wachtmeister angefangen habe. Erst später, im Jahr 2000, bin ich zur Bundespolizei, zum damaligen BGS, gewechselt. Insofern kann ich jetzt aus mehreren Betrachtungsweisen auf dieses Thema blicken. Vielleicht werden meine Antworten deswegen auch ein bisschen anders ausfallen.

Ich würde gerne mit einer Äußerung von Herrn Lange beginnen. Er hat nämlich zu Beginn seines Statements gesagt: Jeder macht seins. – Genau das höre ich immer wieder, wenn wir versuchen, über eine verbesserte Kooperation insbesondere hier in Nordrhein-Westfalen zwischen der Landespolizei und der Bundespolizei zu sprechen. Es betrübt mich als alten nordrhein-westfälischen Polizisten, wie sehr da immer noch jeder seinen eigenen Weg geht. Gerade einer Stadt wie Düsseldorf – in der ich auch dreieinhalb Jahre Dienst bei der Landespolizei gemacht habe – als Landeshauptstadt, als Vorzeiprojekt, als mondäner Stadt mit einem wunderbaren Bahnhof, würde es wirklich gut tun, wenn es hier eine gemeinsame Dienststelle gäbe, in der die Sicherheitspartner, die für die Sicherheit in dieser Stadt verantwortlich sind, gemeinsam Dienst täten.

An dieser Stelle möchte ich auch noch einmal das Projekt von Herrn Lange in Dortmund ansprechen. Ich bin der festen Überzeugung, dass es nur gemeinsam geht. Weder die Landespolizei noch die Bundespolizei noch die Ordnungsbehörden werden jemals in der Lage sein, die kriminalgeografischen Brennpunkte zum Beispiel in Nordrhein-Westfalen alleine für sich abzudecken. Das ist unmöglich. Die Aufgaben sind zu groß. Die administrativen Bindungen, denen wir alle unterliegen, sind zu vielfältig. Deswegen ist gemeinsames Handeln extrem gut. – So viel als Eingangsstatement.

Die SPD fragte nach Erfahrungen mit gemeinsamen Wachen. Ich bin Angehöriger der Bundespolizeiinspektion Kleve. Wir sind für die Landkreise Borken, Viersen, Wesel und Kleve zuständig. Im Kreis Borken haben wir eine Außenstelle in Gronau. Das ist unser äußerster Zuständigkeitsbereich im Norden. Dort sitzen wir mit ziemlich genau sechs Kollegen in einem Gebäude mit der Landespolizei zusammen. Wir sitzen dort im Flur des Kriminalkommissariats. Unsere Kollegen sind morgens mit in der Frühbesprechung, wir nehmen gemeinsame Einsätze wahr, und die Einsatzmittel werden geteilt – völlig unbürokratisch, praxisnah und unglaublich effektiv. Gemeinsam schafft man Vertrauen und überwindet vielleicht die immer noch bestehenden Unterschiede zwischen der nordrhein-westfälischen Polizei und der Bundespolizei. Gemeinsame Wachen – das geht ja auch in Richtung des von Herrn Lange erwähnten Projekts – sind also extrem wichtig.

Die Beendigung des Grenzeinsatzes ist hier schon von meinen Vorrednern erwähnt worden. Die gleichen Informationen habe ich auch. Zum 1. April 2018 wird die Zahl signifikant sinken. Dann werden wir ungefähr, ich sage einmal, 40 Beamte wieder hier in unseren Dienststellen haben.

Zu der Frage, welche Aufgaben Verwaltungsbeamte oder Tarifbeschäftigte wahrnehmen könnten, habe ich etwas in meiner Stellungnahme geschrieben. Herr Walter hat auch schon dazu ausgeführt. Da ist wirklich eine Menge möglich, glaube ich. In meiner Dienststelle haben wir alleine zehn oder elf Beamte, die nur für – ich sage das jetzt einmal ein bisschen despektierlich – Waffen, Öle, Fette zuständig sind. Das sind ausgebildete Polizeibeamte. Sie machen das natürlich sehr gut; gar keine Frage. Aber die Verwaltung der Fahrzeuge, die Reparatur der Fahrzeuge und die Administration der IT können wirklich genauso gut Verwaltungsbeamte oder Tarifbeschäftigte übernehmen.

Sie müssen natürlich adäquat bezahlt werden. Das beantwortet vielleicht auch die Frage, warum wir so wenige haben. Wenn ich mir erlaube, ihnen einen Vertrag anzubieten, der irgendwo zwischen E3 und E6 angesiedelt ist, ist die Begeisterung, dafür zu arbeiten, außerordentlich gering. Wenn ich qualifizierte Arbeit haben will – und davon haben wir reichlich; da sind ja vielfältige Dinge möglich –, muss ich in der Besoldung auch ein bisschen höher gehen. Das wäre einmal ein Ansatz.

Gleichwohl bin ich der Meinung: Das ist das Einzige, was uns helfen kann, schnell zusätzliches Personal auf die Straße oder auf die Dienststellen oder hier speziell in die Bahnhöfe zu bekommen, ohne auf das Absolvieren der Ausbildungen warten zu müssen.

Zum Digitalfunk ist auch schon einiges gesagt worden. Die Anbindung insbesondere in Tunneln und Hallen ist deutlich verbesserungswürdig. Gleiches gilt im Übrigen für die Ausleuchtung im Grenzraum. Ich bin als Leiter einer Fahndungseinheit ständig im Grenzraum unterwegs. Wir brauchen nur in Grenznähe zu kommen; schon haben wir kein Signal mehr. Wir führen diese Grenzfehndung gemeinsam mit unseren holländischen Partnern durch. Die Holländer haben übrigens auf deutscher Seite kein Problem mit ihrem Digitalfunk. Ich muss wahrscheinlich gar nicht erwähnen, dass der Digitalfunk der Niederländer und unser Digitalfunk natürlich nicht kompatibel sind und dass unser Digitalfunk und der Digitalfunk der Landespolizei von Nordrhein-Westfalen auch nur bedingt kompatibel sind – in den Hauptgruppen ja; sobald es in Unterverschachtelungen geht, funktioniert das schon nicht mehr. Da ist noch deutliches Verbesserungspotenzial vorhanden.

Frau Schäffer, Sie fragten nach gemeinsamen Aufgaben an Bahnhöfen. Dazu habe ich ja schon am Anfang ausgeführt. Ich glaube, dass es an den großen Bahnhöfen nicht nur zielführend, sondern geradezu zwingend notwendig ist, gemeinsame Wachen bzw. Dienststellen zu errichten, weil man dann die Kompetenz aller Sicherheitspartner vor Ort hat. Wenn man tagtäglich gemeinsam arbeitet und sich nicht nur hin und wieder zu irgendwelchen Besprechungen trifft, entstehen auf der Arbeitsebene selbstverständlich sofort zahlreiche Synergieeffekte.

Außerdem haben Sie eine Frage zur gemeinsamen Fortbildung gestellt. Herr Walter hat gerade schon sehr anschaulich ausgeführt, wie lange wir alle noch durch die Ausbildung gebunden sein werden. Das betrifft nicht nur die Bundespolizei, sondern selbstverständlich auch die Landespolizei in Nordrhein-Westfalen, die ja ähnliche Probleme hat. Die Fortbildung ist bei der Bundespolizei seit Jahren, ich will jetzt nicht sagen, zum Erliegen gekommen. Aber ich spreche hier ja für den kriminalpolizeilichen Bereich der Bundespolizei. Da ist reichlich Luft nach oben, um es einmal sehr optimistisch auszudrücken.

Und alles, was wir gemeinsam machen können, spart Ressourcen und – damit bin ich wieder bei meinem Ursprungsthema – führt uns zueinander, wie ich es auch in meiner Stellungnahme beschrieben habe. In Bezug auf das oftmals sehr schwierige Verhältnis zwischen BKA und Bundespolizei sind durch die gemeinsame Ratsausbildung einige Schranken gefallen. Jemanden, mit dem ich drei Jahre lang zusammen ausgebildet oder fortgebildet werde, wozu auch immer, kenne ich. Ich kenne auch noch hier im Land – ich bin ja viel unterwegs – alle meine Kumpels von der Fachhochschule in Duisburg, mit denen ich damals zusammen die dreijährige Kommissarsausbildung gemacht habe. Sie sitzen jetzt alle in den Dienststellen in Nordrhein-Westfalen auf irgendwelchen Führungspositionen. Und wenn man sich kennt, kann man natürlich das eine oder andere Gespräch auf einer ganz anderen Ebene führen, als wenn ein Angehöriger der Bundespolizei zur Landespolizei kommt und da so eine ... Sie wissen schon, was ich meine, glaube ich.

Nicht alle unsere Aufgaben sind kompatibel; gar keine Frage. Aber das eine oder andere kann man sicherlich zusammen machen. Damit müsste man langsam einmal anfangen. Das wäre schon eine gute Sache.

Außerdem haben Sie darum gebeten, die Aufgabe von grenzüberschreitenden Polizeiteams, kurz GPT, am Beispiel von Kleve zu erläutern. Das tue ich natürlich sehr gerne. Schließlich ist das meine Aufgabe, die ich tagtäglich wahrnehme. Wir haben ein 16-Mann-Team, sind in Kleve und Kempen disloziert und machen ausschließlich in Zivil gemeinsam mit unserem holländischen Partner von der Königlichen Marechaussee im Grenzgebiet dies- und jenseits der Grenze, also auf deutschem und niederländischem Hoheitsgebiet, in deutschen und niederländischen Fahrzeugen Dienst, betreiben also Fahndung.

Weil unsere holländischen Kollegen mit GPS-Ortern ausgestattet sind – wir natürlich nicht –, weiß die Landesleitstelle in Driebergen, also in Holland, ganz genau, wo die Einsatzmittel stehen. Sie werden auf holländischer Seite auch angefordert, wenn es um bestimmte priorisierte Maßnahmen geht. Natürlich werden sie nicht für alles angefordert. Wir waren aber schon sehr häufig bei Festnahmen, bei Bränden und bei Sexualdelikten tätig. Dann sind einfach mehr Einsatzmittel auf der Straße.

Das wäre, wie ich in meiner Stellungnahme beschrieben habe, natürlich auch hier in Nordrhein-Westfalen möglich, wenn wir denn eine entsprechende Landesleitstelle hätten – ich formuliere es einmal so; in Duisburg gibt es ja eine Landesleitstelle –, in der nicht nur die Landespolizei vertreten wäre, sondern in der es auch einen Tisch für den Zoll und die Bundespolizei gäbe. Dann könnten wir zumindest Fahndungsdinge gemeinsam voranbringen. Ich erinnere nur die Automaten Sprengungen, bei denen es wirklich auf jede Minute ankommt. Bis die lange Kette über die verschiedenen Leitstellen bis hin zu den Kollegen, die tatsächlich an der Grenze stehen, ausgelöst worden ist, vergeht wertvolle Zeit. Das könnte man durch eine solche gemeinsame Dienststelle deutlich verbessern.

Lassen Sie mich noch einmal auf das Thema „Technik“ zurückkommen. Sie müssten einmal sehen, wie unsere holländischen Kollegen mit Technik ausgestattet sind. Jeder holländische Polizist hat ein Smartphone, auf dem sämtliche Fahndungsabfragen

möglich sind. Ich habe hingegen ein Nokia 7310, mit dem ich noch nicht einmal ein Foto von A nach B schicken kann. Da besteht deutlicher Verbesserungsbedarf.

Gleichwohl behaupte ich, dass diese grenzüberschreitenden gemeinsamen Polizeiteams absolut notwendig sind, um den Fahndungsdruck zu erhöhen, um die Zusammenarbeit zu stärken und insbesondere, um dem Phänomen der Eigentumskriminalität durch reisende Täter, unter dem Nordrhein-Westfalen ja besonders leidet, sehr viel besser Herr werden zu können.

Zum gemeinsamen Vorgehen an Flughäfen hat Herr Walter auch schon etwas gesagt. In unserem Zuständigkeitsbereich liegt der Flughafen Weeze. Wir sitzen dort irgendwo unten links, der Zoll sitzt irgendwo unten rechts, und die Landespolizei sitzt irgendwo mittendrin. Das kann man auch in einer gemeinsamen Dienststelle machen. Dann könnte man die Aufgaben tatsächlich deutlich besser gemeinsam wahrnehmen. Ich glaube auch, dass man das, was Herr Walter für den Flughafen Düsseldorf geschildert hat, auf alle Flughäfen in Nordrhein-Westfalen ausdehnen könnte.

Von der CDU kam die Frage, wer verantwortlich sei. Ja, wer ist dafür verantwortlich, dass wir in dieser Situation sind? Wir haben jahrelang auf die schwarze Null hingearbeitet. Über viele Jahre wurden etliche Stellen im öffentlichen Dienst eingespart. Die Folgen sehen wir jetzt. Verantwortlich sind also viele, glaube ich.

Die gemeinsame Wache in Bonn ist an den Kosten gescheitert. Das ist sehr schade. Dazu habe ich ja schon ausgeführt. Man kann das machen, und man kann das wahrscheinlich auch sehr geschmeidig machen. Ich würde mir wünschen, dass wir es landesweit hinbekämen, überall zumindest an den Bahnhöfen gemeinsame Dienststellen aufzubauen, vor allen Dingen hier in Düsseldorf.

Apropos Düsseldorf und „Jeder macht seins“: Ich höre gerade aus Düsseldorf, dass es seitens der Behördenleitung des PP Düsseldorf wenig Interesse daran gibt, gemeinsam mit der Bundespolizei eine Dienststelle im Bahnhof zu errichten. Ob diese Information zutreffend ist, weiß ich nicht. Ich vermute das aber, weil dies wohl auch in anderen Behörden der Fall ist.

Herr Vogel, nun komme ich zu Ihrer Frage zum Thema „Schengen-Ausgleichsmaßnahmen“. Ich meine, wir wissen alle, dass das suboptimal funktioniert. Als Bundespolizei sind wir an den Außengrenzen nicht stark genug. Wir müssen uns auch dort besser vernetzen, was die technischen Maßnahmen wie das Schengener Informationssystem II, kurz SIS II, und andere Dinge angeht. Das ist nun einmal schwierig. Es dauert vielleicht noch ein bisschen, bis die Situation dort besser wird. Deswegen wäre es auch sinnvoll, gerade an den Außengrenzen durch gemeinsame Einsatzmaßnahmen die Sicherheit zu verbessern.

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Vielen Dank. – Ich eröffne die zweite Fragerunde.

**Verena Schäffer (GRÜNE):** Herr Mischke, ich habe noch eine Verständnisfrage zu der Situation in Kleve. Arbeitet die niederländische Polizei dort nur mit der Bundespolizei oder auch mit der deutschen Landespolizei zusammen?

Das von Ihnen angesprochene Thema „Landesleitstelle“ finde ich spannend. Kennen Sie entsprechende Beispiele aus anderen Bundesländern? Der Vorschlag, eine solche gemeinsame Leitstelle einzurichten, klingt ja sehr nachvollziehbar. Ich bin schon des Öfteren in dem Lagezentrum gewesen, das in Dortmund anlässlich von Demonstrationen eingerichtet wird. Dort sitzen die Beteiligten kooperativ an einem Tisch, sodass sie sich direkt austauschen und die Informationen über den Tisch reichen, anstatt lange Dienstwege zu haben. Das macht ja Sinn. Vielleicht können Sie noch sagen, ob es so etwas woanders gibt.

Außerdem habe ich zwei etwas allgemeinere Fragen. – Erstens. In Bezug auf die Videokameras wurde hier gefordert, die Kameras auf einen einheitlichen Stand zu bringen und nicht acht verschiedene Systeme zu haben. Meine Frage ist einfach: Wie viele dieser Kameras, die es heute schon an Bahnhöfen gibt, werden tatsächlich eins zu eins an Bildschirmen live beobachtet? Nach dem NRW-Polizeigesetz ist das für die Landespolizei ja vorgesehen. Nur deshalb ist die präventive Wirkung auch so gut; denn man kann sofort einschreiten, bevor eine Person Opfer von Kriminalität wird, und nutzt die Kameras nicht nur nachträglich zur Strafverfolgung.

Zweitens. Alle Sachverständigen haben gesagt, dass die Zusammenarbeit zwischen Bundespolizei, Landespolizei und Kommunen – Stichwort „Ordnungskräfte“ – wichtig ist. Gibt es in Bezug auf die Phänomene der Drogenkriminalität, Drogenszene oder Obdachlosigkeit Kooperationen an Bahnhöfen, zum Beispiel mit Sozialarbeit oder Drogenberatung? Mir ist bewusst, dass man damit nicht alle Kriminalitätsphänomene bekämpfen kann. Speziell bei den Themen „Obdachlosigkeit“ oder „Drogenkriminalität“ kann ich mir aber schon vorstellen, dass man so auf die Szenen zugehen könnte, was sicherlich auch im Sinne des subjektiven Sicherheitsempfindens der Menschen Auswirkungen hätte. Ich weiß nicht, ob es das gibt, fände es aber spannend, einmal darüber nachzudenken.

**Andreas Kossiski (SPD):** Ich habe zwei Fragen an alle Sachverständigen. – Erstens. Haben Sie im europäischen bzw. internationalen Bereich Erfahrungen dahin gehend, wie es in anderen Großstädten oder mittleren Städten aussieht? Ich erinnere mich noch gut daran, dass wir im letzten Jahr mit dem Innenausschuss in Turin waren. Wenn man dort den Bahnhof betritt, sieht man eine große Menge von Verantwortlichen der italienischen Staatsbahn. Man muss bestimmte Kontrollen über sich ergehen lassen. Bei der Klientel im Bahnhof handelt es sich überwiegend um Reisepublikum. Haben Sie solche Erfahrungen? Und was halten Sie von so etwas? In Deutschland haben wir das in den 60er- und 70er-Jahren ja alles abgebaut – sicherlich aus guten Gründen. Mich würde aber einmal interessieren, wie Sie als Fachleute dies sehen.

Zweitens. Wir sprechen hier richtigerweise über das Verhältnis von unterschiedlichen Polizeien. Einen Player haben wir aber nur am Rande angesprochen, nämlich den Eigentümer. Ich würde gern von den Fachleuten der Polizeidienststellen oder BOS-Behörden einmal hören, welche Rolle dieser Eigentümer eigentlich hat. Als Eigentümer eines Kaufhauses oder auch nur einer Wohnung habe ich bestimmte Pflichten. Als Landespolitiker erleben wir die Deutsche Bahn AG auch in den Bereichen, in denen es um Kundenbetreuung und Verspätungen geht. Aus meiner Sicht ist ihre Rolle bisher

zu kurz gekommen. Ich würde mich freuen, wenn Sie noch darstellen könnten, welche Forderungen oder Wünsche Sie an die Deutsche Bahn AG haben. Vielleicht kennen Sie auch Fälle, in denen Sie mit positiven Ergebnissen mit ihr zusammenarbeiten. Ich würde aber ungern die Deutsche Bahn AG hier aus dem Feld herauslassen.

**Andreas Bialas (SPD):** Erstens. Vor der Wahl hat die CDU freundlicherweise eine Anfrage zu den sogenannten verrufenen Orten gestellt. In der Antwort wurden natürlich auch einige Orte benannt, die unmittelbar in der Nähe von Bahnhöfen liegen oder die Bahnhöfe mit umfassen. Kollege Lürbke und ich durften vorher auch an einer Veranstaltung in Wuppertal-Oberbarmen teilnehmen. Das ist nur einer von mehreren kleinen Bahnhöfen. Gerade wurde schon geschildert, dass noch nicht einmal im Bochumer Bahnhof ständig eine Streife vor Ort sei. Ist denn überhaupt mal jemand von der Bundespolizei in Oberbarmen? Das ist zwar eine sehr spezifische Frage. Aber wie viele Bahnhöfe werden überhaupt nicht mehr bedient?

Zweitens. Ich halte Kooperationen immer für richtig. Die Frage ist nur: Wann wird nach Kooperationen gefragt? Jetzt bin ich einmal böse: Vorrangig, weil das eigene Personal fehlt, wie in Oberbarmen, nach dem Motto, dass man jetzt die Kooperation braucht, damit überhaupt einmal jemand da ist, nämlich von der Stadt oder von der Landespolizei, weil man das selbst gar nicht mehr schafft? Die GdP hat ja in ihrer Stellungnahme geschrieben, dass der Bundespolizei derzeit insgesamt 16.000 Beamte fehlen. Diese Zahl ist doch sehr hoch. Vermutlich gilt sie bundesweit. Wie viele Beamte sind es denn in Nordrhein-Westfalen? Ich weiß nicht, ob da der Königsteiner Schlüssel anzuwenden ist oder ob aufgrund der exponierten Lage von Nordrhein-Westfalen hier doch mehr Bedarf besteht. Wie viel Personal fehlt konkret in Nordrhein-Westfalen?

Drittens. Die Frage zur Kriminalstatistik ist noch nicht vollständig beantwortet. Ich wüsste gerne, ob wir an den Bahnhöfen ein höheres Aufkommen von Kriminalität haben, und zwar durchaus auch im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei. Kollege Lürbke, wir können uns gut daran erinnern, dass wir uns im Untersuchungsausschuss über die Grenzen der Zuständigkeiten von Landes- und Bundespolizei sehr exakt ausgetauscht haben. Wie viel passiert tatsächlich im Zuständigkeitsbereich der Bundespolizei, also in den Bahnhöfen? Dem Bürger ist es zwar völlig egal, ob ein Delikt im Bahnhof oder 5 m davor begangen wird. Aber gibt es dazu eine spezifische Statistik? Denn nach meinem Kenntnisstand fließen diese Zahlen automatisch mit in die jährliche Landeskriminalitätsstatistik ein.

Viertens. Woran sind nach Ihren Erfahrungen die Kooperationen zwischen den verschiedenen Sicherheitsplayern gescheitert? Ich will wieder ein Beispiel aus meiner kleinen Stadt Wuppertal nennen. Dort haben wir einen schönen neuen Bahnhof gebaut, der natürlich auch einen Vorplatz hat. Wir hätten großes Interesse gehabt, hier eine gemeinsame Wache – Landespolizei, Bundespolizei, Ordnungsdienst, Bahn und gerne noch einige andere – hinzubekommen. Die lokalen Player waren aber nicht dafür. Ich will zwar nicht unterstellen, dass es vor Ort auch die Polizeifürsten gibt, die dann noch eine eigene Auffassung haben, mit wem sie zusammenarbeiten oder nicht. Aber wie kommt man da drüber? Wer sollte am besten auch einmal die Gespräche federführend voranbringen? In Wuppertal ist es zum Teil daran gescheitert. Unsere

Regierungspräsidentin sitzt jetzt aber in der Bosbach-Kommission und kann dort diese Erfahrungen schildern und sich stark dafür einsetzen, diese Kooperation doch wieder voranzutreiben.

**Dr. Christos Georg Katzidis (CDU):** Zunächst habe ich eine Verständnisfrage. Wenn ich es richtig verstanden habe, würden alle von Ihnen Kooperationen auch im Sinne von gemeinsamen Wachen der verschiedenen Player unterstützen oder begrüßen. Für den Fall, dass das nicht so sein sollte, bitte ich Sie, gleich noch einmal kurz darauf einzugehen. – Darüber hinaus habe ich noch zwei Fragen.

Die erste Frage geht an alle Sachverständigen. Herr Mischke hat eben die Smartphones seiner niederländischen Kollegen angesprochen und dargestellt, was in anderen Ländern elektronisch und visuell möglich ist. Inwieweit sehen Sie diesbezüglich denn in Deutschland Probleme in puncto Datenschutz? Wir diskutieren diese Problematiken immer wieder. Denn nur wir in Deutschland haben offensichtlich diese technischen Probleme in mehrfacher Hinsicht, angefangen bei den Schnittstellen bis hin zu anderen Dingen. Oftmals heißt es auch, das sei aus datenschutzrechtlichen Gründen gar nicht möglich. Da würde mich einmal Ihre Einschätzung interessieren.

Die zweite Frage richtet sich an Herrn Walter und Herrn Mischke und bezieht sich auf die personelle Situation. Herr Mischke hat gerade geschildert – was ich im Übrigen uneingeschränkt teile –, dass Polizeivollzugsbeamte, die gut und teuer ausgebildet sind, fachfremd verwendet werden. Zumindest Ihnen als Gewerkschaftsvertreter dürfte aber auch klar sein, dass es viele dauerhaft eingeschränkt dienstfähige Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte gibt, die auf der Straße teilweise gar nicht mehr eingesetzt werden können, aber nicht in die Verwaltungslaufbahnen überführt werden und damit auch Stellen blockieren. Deshalb frage ich Sie: Wie viele dauerhaft eingeschränkt dienstfähige Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte gibt es innerhalb der Bundespolizei? Und warum werden sie nicht konsequent in die Verwaltungslaufbahn überführt, um wieder Stellen für Nachwuchs frei zu machen?

**Nic Peter Vogel (AfD):** Meine erste Frage richtet sich an Herrn Walter. Sie haben uns gerade eindringlich geschildert, dass die Betreiber gefordert sind, wenn es um die lückenlose Versorgung für den Digitalfunk geht. Ergänzend haben Sie ausgeführt, die Deutsche Bahn lehne dies kategorisch ab, während der Flughafen Düsseldorf es gemacht habe. Mich würde die Begründung interessieren, sofern es eine gibt. Schiebt die Bahn das eventuell auf den Datenschutz oder sonst etwas?

(Ernst G. Walter [Bundesvorsitzender DPoIG Bundespolizeigewerkschaft]:  
Nein! Geld!)

– Okay. Das haben wir uns gedacht.

Meine nächste Frage geht an Herrn Lange. Sie haben in Ihrer schriftlichen Stellungnahme die Problemgruppen und die Ansammlungen erwähnt. In der ersten Runde hatte ich Sie schon gefragt, um wen es sich bei den Problemgruppen denn handelt und ob die Ansammlungen spontan oder planmäßig erfolgen. Daran darf ich direkt

noch eine Frage anschließen. Wissen Sie, ob dort Streetworker eingesetzt werden, um eventuell an diese Leute heranzukommen?

Meine letzte Frage richtet sich eigentlich an alle Sachverständigen, aber insbesondere auch an Sie, Herr Mischke; denn Sie haben in Ihrer Stellungnahme sehr oft von den Synergieeffekten gesprochen, die sich durch die Kooperation von Bund, Ländern, Zoll usw. ergeben. Das macht für mich – um es vorzuschicken – allen Sinn. Mich interessiert, ob trotzdem irgendwelche Bedenken dagegen bestehen, beispielsweise dahin gehend, dass eventuell Ressourcen fehlen könnten, wenn man Wachen zusammenlegt. Ich entnehme allen Stellungnahmen, dass das ein gemeinsamer Wunsch zu sein scheint. Es scheint also praktikabel werden zu können. Der Konkurrenzdruck weicht dem kollegialen Miteinander. Ich sehe da überhaupt keine Hemmungen. Jetzt einmal Hand aufs Herz: Gibt es da doch Ressentiments? Oder was hören Sie sonst?

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Vielen Dank. – Wir kommen zur zweiten Antwortrunde. Jetzt erhalten die Sachverständigen in umgekehrter Reihenfolge wie eben das Wort.

**Thomas Mischke (Vorsitzender Bund Deutscher Kriminalbeamter, Verband Bundespolizei):** Dann fange ich auch mit der letzten Frage an. Sie bezog sich auf Synergieeffekte und Ressentiments. Das ist ein spannendes Thema.

Die Bundespolizei hat vor einigen Jahren beschlossen: Wir brauchen eine neue Pistole. – Daraufhin wurde eine Kommission eingesetzt, die sich nach umfangreichen Recherchen letztendlich auf die P30 kapriziert hat. Die P30 wurde dann auch angeschafft. Das ist eine wunderbare Pistole. Fast zeitgleich ist Nordrhein-Westfalen auf die schlaue Idee gekommen, auch eine neue Pistole anzuschaffen. Dort hat man ebenfalls eine Kommission eingesetzt. Obwohl in Nordrhein-Westfalen eigentlich die gleichen Anforderungen bestehen, hat man sich dort für ein anderes Modell entschieden; ich glaube, es heißt P99.

Entsprechende Beispiele könnte ich Ihnen zu der gesamten Palette von der Uniform über die Funkgeräte bis hin zu den Fahrzeugen berichten. Und das machen nicht nur Nordrhein-Westfalen und die Bundespolizei, sondern 16 Bundesländer, BKA, Zoll und wie sie alle heißen. Alle haben zum Beispiel ihre eigenen Uniformen. Sie sind zwar alle jetzt irgendwie dunkel, aber doch alle sehr unterschiedlich. Hier wären also Synergieeffekte möglich.

Warum ist das so? Warum muss Nordrhein-Westfalen eine eigene Bekleidungskommission, eine eigene Funkgerätekommission und eine eigene Was-weiß-ich-Kommission haben? Warum haben wir das in allen anderen Behörden auch? Warum arbeiten wir nicht zusammen? Ehrlich gesagt, habe ich manchmal den Eindruck: Wenn das nicht vom Ministerium angeordnet wird, passiert da gar nichts. Und da das Bundesinnenministerium gar keine Anordnungscompetenz hat und seit Otto Schily auch nicht mehr vom Bundeszwang Gebrauch gemacht hat, wenn das denn überhaupt möglich ist, passiert da nichts.

Der Polizeipräsident von Dortmund steht der Kooperation sehr aufgeschlossen gegenüber und macht etwas. Der Polizeipräsident irgendeiner anderen Stadt

(Nic Peter Vogel [AfD]: Düsseldorf!)

– Düsseldorf zum Beispiel – findet die Bundespolizei nicht so toll und sagt: Wir können das alles selber machen. – Dann macht er das auch so. Solange das Landesministerium nicht sagt: „Du machst das jetzt anders“ – und das hat es bis jetzt noch nicht gemacht; das weiß ich –, passiert da auch nichts. Deswegen macht jeder seins. Entweder werden vor Ort lokale Lösungen gefunden, oder jeder macht seins.

Welche Ressentiments gibt es? Ich war 1998 Dienstgruppenleiter auf der K-Wache in Wesel. Damals kamen ab und zu in der Nacht ein paar komisch angezogene Bundesgrenzschutzagenten zu uns, weil sie damals noch kein Telebildgerät hatten und unser Gerät benutzen wollten. Als sie mit ihren komischen Uniformen und den geflochtenen Schulterstücken ankamen, sagten wir immer: Da kommen sie ja wieder und müssen uns um Unterstützung bitten. – Wie soll ich das formulieren? Lassen Sie es mich diplomatisch ausdrücken: Wir haben kein Miteinander; wir haben ein Nebeneinander.

Wenn ich mit den Kollegen vor Ort spreche, ist alles prima. Gestern war ich bei der Kreispolizeibehörde in Viersen und bei der Autobahnpolizei in Mönchengladbach. Spricht man auf der unteren oder mittleren Führungsebene miteinander, ist alles gut. Das nützt aber nichts; denn ich kann gar nichts entscheiden. Zwar kann ich mit dem Kollegen vereinbaren, dass wir bei McDonald's eine Tasse Kaffee trinken gehen. Aber ich kann nicht sagen: Pass mal auf; es wäre total schlau, wenn ihr mit euren Truppen mit uns zusammen ein gemeinsames Polizeiteam bilden würdet.

Darauf bezog sich auch die von Frau Schäffer ganz am Anfang gestellte Frage, was wir da machen können und wie es bei uns in Kleve aussieht. In der Tat ist die Königliche Marechaussee quasi das Pendant zur Bundespolizei – auch mit eingeschränkten Befugnissen im Landesinneren von Holland. Jetzt haben wir das Glück, dass bei der Königlichen Marechaussee noch ein Kollege der Nationalen Politie hospitiert, also offiziell mit im Team ist. Die Landespolizei ist bei uns nicht mit im Team, weil sie dafür kein Personal hat – so die offizielle Begründung. Das Landesinnenministerium oder das MIK, wie es bis vor Kurzem hieß, hat eben nicht gesagt – damit sind wir wieder bei dem gerade angesprochenen Thema –: Kleve, Borken, Wesel und Viersen, ihr arbeitet jetzt mit der Bundespolizei zusammen.

Das ist ein langer, schwieriger Weg. Ich hoffe sehr, dass wir daran endlich einmal vorbeikommen. Es kann ja keine Neiddebatte sein; denn der Kuchen, über den wir hier reden, ist unfassbar groß. Wenn wir das alles zusammen machen, also miteinander statt nebeneinander, kommen wir da deutlich vorwärts, glaube ich.

Außerdem wurde nach Erfahrungen bezüglich gemeinsamer Leitstellen gefragt. Ich weiß, dass es in Berlin so etwas gibt, was offensichtlich völlig geräuschlos funktioniert. Berlin ist aber relativ weit weg. Es wäre schön, wenn gerade Nordrhein-Westfalen einmal einen solchen Piloten auflegen würde. Das wäre auch kein ganz großes Hexenwerk. Denn die Leitstelle in Duisburg liegt relativ zentral und verfügt über gute Räumlichkeiten. Würde man dort zwei zusätzliche Pulte aufstellen, wäre das kein allzu großer Aufwand.

Bei einer weiteren Frage ging es um die Kooperation an Bahnhöfen in Bezug auf Obdachlose und Drogen. Wie ich schon gesagt habe, ist es nicht damit getan, dies aus

sicherheitspolitischer Perspektive anzugehen. Die Ordnungsämter, die Ausländerämter und vielleicht auch die Sozialämter gehören da natürlich immer mit dazu. Was hindert uns daran, das Ganze vernetzt zu betrachten? Was hindert uns daran, in täglichen Besprechungen bestimmte Problemkreise zu erörtern? Nehmen wir als Beispiel einmal den Bahnhof in Düsseldorf. Ich bin mir ziemlich sicher, dass der Wachleiter der Bundespolizei weiß, mit wem er es da zu tun hat und dass es eine Reihe von – ich sage einmal: ein paar Hundert – Personen sind, die dort immer und immer wieder in verschiedenen Formen in Erscheinung treten. Es wäre sinnvoll, dazu auch Fallkonferenzen abzuhalten; denn natürlich sind auch Obdachlose und Drogenabhängige darunter, denen man sicherlich helfen kann. Man müsste es nur machen. Das ist eigentlich nicht so schwer. Man sollte es wirklich tun.

Nun komme ich zu der Rolle der Bahn als Eigentümerin der Bahnhöfe. Ja, da würde ich mir auch mehr Engagement der Bahn wünschen. Es ist eben nicht damit getan, Videotechnik hinzustellen. Zwar wird jetzt überall mehr HD-Technik eingesetzt. In sehr vielen Bahnhöfen in Nordrhein-Westfalen wird in Sachen Technik viel getan. Ganz viele Kameras hängen dort. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass ein HD-Film ziemlich viel Datenmaterial umfasst, das ja auch einmal jemand auswerten muss. Mit dem Hinstellen der Videotechnik ist es also nicht getan. Ich wünsche mir da auch eindeutig mehr Engagement der Bahn.

Als nächste Frage habe ich mir notiert: Wie viel Personal fehlt in Nordrhein-Westfalen? – Ehrlich gesagt, weiß ich nicht, ob die Zahlen richtig sind, die von den Kollegen der GdP erhoben worden sind.

(Andreas Nowak [Geschäftsführer Gewerkschaft der Polizei,  
Landesbezirk NRW]: Immer! – Heiterkeit)

– Na ja; der eine sagt so, und der andere sagt so.

Ich möchte noch zu einer weiteren Frage Stellung nehmen.

(Dr. Christos Georg Katzidis [CDU]: Es waren noch zwei Fragen offen  
– Stichworte „Datenschutz“ und „dauerhaft eingeschränkt dienstfähige  
Beamte“!)

– Genau. Zu den dauerhaft eingeschränkt dienstfähigen Polizeivollzugsbeamten wollte ich gerade kommen. – Der Anteil der dauerhaft eingeschränkt dienstfähigen Polizeivollzugsbeamten ist gering, würde ich sagen. Er liegt vielleicht – das ist jetzt wirklich eine Schätzung – bei 5 %. Ich halte das also für wirklich wenig.

Lassen Sie mich aber beispielhaft einen aktuellen Fall bei uns schildern. Wir haben einen hervorragend motivierten jungen Beamten, der an einer Krankheit leidet, die ihm die weitere Ausübung des Berufs als Polizeivollzugsbeamter nicht mehr möglich macht. Unsere Dienststelle hat sich sehr eingesetzt, um ihn irgendwie zu halten. Das geht aber nicht. Also soll er Verwaltungsbeamter werden. Er ist Diplom-Verwaltungswirt, hat also die ganz normale Ausbildung gemacht, die ich auch genossen habe. Bevor er in den Verwaltungsdienst übernommen wird, muss er jetzt noch einmal drei Jahre in Münster studieren. Da fällt mir der Draht aus der Mütze. Er ist Diplom-Verwaltungswirt, kann aber nicht als Verwaltungsbeamter eingesetzt werden. Das sind Dinge,

die sehr umständlich sind. Wir sind in den letzten Jahren viel zu administrativ geworden und machen uns damit das Leben wahnsinnig kompliziert.

Bei uns werden diese Aufgaben auch nicht nur von den körperlich bzw. gesundheitlich eingeschränkten Beamten wahrgenommen. Wir haben auch viele Kolleginnen und Kollegen, die in Teilzeit tätig sind. Das ist ja ein ganz wichtiges Moment. Da müssen wir als öffentlicher Dienst natürlich auch vorangehen und insbesondere unseren Kolleginnen die Möglichkeit einräumen, nach ihrer Elternzeit wieder auf eine Stelle, von mir aus eine 20-Stunden-Stelle, zurückzukehren, um weiterhin ihre Aufgabe wahrzunehmen. Insofern können wir nicht alle Querschnittsaufgaben auf Tarifbeschäftigte oder Verwaltungsbeamte outsourcen. Einen Teil müssen natürlich weiterhin die Polizeibeamten übernehmen. Ich sehe hier aber wirklich ein großes Potenzial.

Datenschutz wird immer gerne als Hemmnis angeführt. Dahinter kann man sich leicht verstecken. In den letzten Jahren wurde auch ein so komplizierter Datenschutz geschaffen, dass kaum noch jemand durchblickt, was jetzt wirklich machbar ist und was nicht. Als Beispiel nenne ich WhatsApp. Fast alle europäischen Polizeien arbeiten mit WhatsApp und nutzen es ganz offiziell für ihre Kommunikation – wir natürlich nicht. Wir sind als Polizei zwar selbst mit Gerichtsbeschluss nicht in der Lage, WhatsApp abzuhören. Angeblich ist es aber nicht geeignet, um unsere Kommunikation darüber zu führen.

**Gregor Lange (Polizeipräsident Dortmund):** Zunächst sei mir eine kurze Anmerkung gestattet. Ich hätte durchaus Sorgen, wenn wir über das Polizeithema dazu kämen, Bund und Länder aufzulösen und letzten Endes eine Gesamtverantwortlichkeit zu etablieren. Ich glaube, dass Sie als Parlamentarier selber auch kein Interesse daran haben. Das ist meines Erachtens die Grenze dessen, was man als Kooperation machen kann. Schließlich brauchen Sie irgendwann auch einen Verantwortlichen. Bei der Zusammenarbeit ist immer die Frage zu stellen: Wer ist eigentlich dafür verantwortlich, dass etwas geschieht? Oder – manchmal noch viel wichtiger –: Wer ist dafür verantwortlich, dass etwas nicht geschieht?

Insofern muss man auch darauf achten, dass man nicht ständig und überall die Verantwortlichkeiten komplett verwischt. Bei diesen Absprachen zur Zusammenarbeit muss immer festgelegt werden, wer am Ende wofür den Hut aufhat. Sonst haben Sie hinterher Schwierigkeiten, sich an die Richtigen wenden zu können. Wenn es gut läuft, ist das nie ein Problem. Aber wenn es mal schief läuft, muss man wissen, wo die Verantwortlichkeiten liegen.

Das Thema der verrufenen Orte möchte ich auch kurz ansprechen, weil es hier diskutiert worden ist und auch Anfragen dazu gegeben hat. Ich habe manchmal ein wenig das Gefühl, dass da ein falscher Zungenschlag hineinkommt. Die Festlegung von verrufenen Orten ist nichts anderes als die polizeiliche Beantwortung der schlichten Frage, ob man in einem bestimmten Bereich, in dem es ein Kriminalitätsvorkommen gibt oder zur Gefahrenabwehr etwas nötig ist, aktiv werden will oder nicht. Ist ein Bereich als verrufener Ort definiert, kann man dort auch bestimmte polizeiliche Maßnahmen treffen und polizeilich aktiv werden, um die Kriminalität zu bekämpfen. Daher ist das gar nichts Böses. Vielmehr geht es um die Frage, wie aktiv die Polizei in einem bestimmten Bereich wird und ob es dafür die entsprechenden Eingriffsvoraussetzungen gibt.

In der Tat fließen die Zahlen der Einsätze an Bahnhöfen letzten Endes mit in die Landesstatistik ein – aber nicht so scharf, dass wir am Ende sagen könnten, welche Kriminalität es in einem bestimmten Bereich, beispielsweise im Bahnhof, gibt.

Wir halten die Zahlen auf Wachbereichsebene fest. Für unser Gemeinschaftsprojekt haben wir das Ganze allerdings in Bezug auf die Orte ausgewertet, die wir vorher definiert hatten, um zu sehen, wie sich in bestimmten Deliktsbereichen wie Raub, Körperverletzung und Straßenkriminalität die Dinge entwickeln. Das können wir also nachhalten. Ich halte dies auch für wichtig, um überhaupt messen zu können: Kommt man voran, oder kommt man nicht voran?

Bei den gemeinsamen Wachen ist es so ähnlich wie beim Föderalismus. An dieser Stelle würde ich nur die Frage stellen: Wer trägt die Verantwortung für das Gelingen? Und noch wichtiger: Wer trägt die Verantwortung für das Misslingen? Ist das dann alles klar genug geregelt oder nicht? – Ich halte viel von klaren Projekten der Zusammenarbeit. Die Frage, ob das dann immer auch in einer gemeinsamen Wache münden muss, kann man allerdings so oder so diskutieren. Das ist aber ganz sicher eine politische Fragestellung.

Noch überfällig ist die Beantwortung der Frage zu den verhaltensauffälligen Personengruppen, die wir in Dortmund natürlich auch mit unseren Projekten der Präsenzkräfte angehen. Wie der Name schon sagt: verhaltensauffällig. Wir knüpfen an das Verhalten von Personen an. Wenn unsere Kräfte vor Ort die Auffassung gewinnen, dass zum Beispiel alkoholisierte oder ansonsten aggressiv auftretende Personengruppen, die auf Ansprache möglicherweise nicht reagieren – es gibt Parameter, die man als Polizeibeamter im Einsatz sofort erkennen kann –, ist eine aktive polizeiliche Vorgehensweise mit Personenkontrollen und allem, was dazugehört, gefragt. Wir knüpfen – das ist mir ganz wichtig – an das Verhalten von Personen an. Insofern ist das polizeilich auch ganz gut zu beantworten, glaube ich.

Die Frage zu den Streetworkern wäre eher an die städtische Seite zu richten. Ich weiß, dass es Streetworker gibt. Im Moment kann ich aus dem Kopf nicht sagen, wie viele es sind. Dass die Städte dort auch aktiv sind, unterstelle ich aber einmal. In Dortmund ist der Einsatz von Sozialarbeitern jedenfalls auch Teil des Konzepts.

Das Thema „Datenschutz“ taucht natürlich an verschiedenen Stellen auf. Unter anderem bei der Videobeobachtung stellt sich diese Frage. Das ist ja fast keine fachliche Frage mehr. Wenn Sie mich als verantwortlichen Polizeipräsidenten fragen, werde ich Ihnen wahrheitsgemäß antworten, dass ich mir durchaus etwas größere Eingriffsbefugnisse wünsche, als sie im Moment in Nordrhein-Westfalen vorgesehen sind. Verdrängungseffekte dürfen durch die Videobeobachtung nicht eintreten, und es darf nicht alleiniger Zweck der Maßnahme sein, aufzuzeichnen. Die Frage, wie das dann in der Abwägung zu sämtlichen Interessen – also nicht nur polizeilichen Interessen, sondern auch anderen Interessen – gesehen wird, ist eine streng politische Frage, aus der ich mich gerne heraushalten würde. Es geht natürlich darum, wie viele Befugnisse man der Polizei an dieser Stelle geben will. Wir können uns da noch ein bisschen mehr vorstellen. Aber das muss man abwägen.

**Ernst G. Walter (Bundesvorsitzender DPoIG Bundespolizeigewerkschaft):** Frau Schäffer und Herr Dr. Katzidis haben nach unserer Einschätzung bezüglich der gemeinsamen Leitstellen gefragt. Wir wollen die Bäume ja nicht in den Himmel wachsen lassen. Ich kenne auch die ganzen Ressentiments, die da auf verschiedensten Seiten bestehen. Vielleicht könnte man einmal beginnen mit dem gegenseitigen Austausch von Verbindungsbeamten in solchen Leitstellen und mit gemeinsamen Streifenkonzeptionen, damit auf dieser Ebene die Kommunikation verbessert wird. Es wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung, mit einer verbesserten Kommunikation auch die Effizienz zu steigern.

Außerdem wurde eine Frage zur Videoüberwachung gestellt. Die Bahn hat schon vor einigen Jahren die 3-S-Zentralen – Service, Sicherheit und Sauberkeit – eingerichtet. Darauf hat die Bundespolizei natürlich auch ein Zugriffsrecht. Allerdings hat mir – um das einmal plastisch darzustellen – kürzlich ein Dienststellenleiter gesagt: Wenn ich die ganzen 3-S-Zentralen besetze, habe ich unten keine Leute mehr, die dann hin- und hergeschickt werden können. – Es hängt also immer davon ab, wie viel Personal man eigentlich hat, das überhaupt noch eingreifen kann. Insofern besteht die theoretische Möglichkeit. Dazu gehören aber auch eine hohe Qualität der Technik, damit dieses Instrument auch effizient genutzt werden kann, und vor allen Dingen das erforderliche Personal.

Dann wurde nach internationalen Erfahrungen gefragt. Ich habe eine Zeit lang in Kanada für die UN gearbeitet. Wenn ich dort mit dem Zug gefahren bin, hat mich das an meine Kindheit erinnert, als man noch für 10 Pfennig eine Bahnsteigkarte lösen musste. In Kanada werden Sie geboardet. Zunächst halten Sie sich in einer Halle auf. Wenn Sie dann zu Ihrem Zug gehen, muss der Weg auf den Bahnsteig freigegeben werden. Das ist ähnlich wie am Flughafen.

Bei uns ist so etwas heutzutage gar nicht mehr denkbar. Natürlich würde es uns sehr helfen, wenn sich im Bahnhof nur Bahnreisende aufhielten oder im Flughafen nur Flugreisende wären. Sie müssen sich aber Folgendes vor Augen halten: Als ich 1981 am Flughafen Düsseldorf angefangen habe, gab es dort neben dem eigentlichen Flughafen noch einige Duty-free-Shops und ein paar Bars. Heutzutage ist das ein Einkaufszentrum mit angeschlossener Landebahn. Die Bahnhöfe sind nichts anderes als Einkaufszentren mit angeschlossenem Gleisverkehr. Daher lässt sich eine Beschränkung auf Flug- bzw. Bahnreisende heutzutage leider gar nicht mehr darstellen; denn die wirtschaftlichen Interessen im Non-Aviation- oder Non-Travel-Business sind wesentlich größer. Insofern wäre das zwar wünschenswert, ist aber unrealistisch.

Ferner wurde eine Frage zu den Eigensicherungspflichten der DB AG gestellt. Ja, wir würden uns sehr viel mehr Engagement der DB AG wünschen, und zwar nicht nur im Bereich der Technik – das habe ich eben ausführlich dargestellt –, sondern auch bei der personellen Besetzung mit eigenen DB-Sicherheitsleuten. Als Bundespolizei wären wir froh, wenn in Fußballzügen, die ausschließlich für Fußballfans eingesetzt werden und an denen die Bahn richtig Geld verdient, auch mal private Sicherheitskräfte der Bahn ihrer Eigensicherungspflicht nachkommen würden und wir nicht Wochenende für Wochenende unsere Züge und Hundertschaften immer wieder dafür verschleifen müssten, die uns dann für die polizeiliche Arbeit fehlen. Hier geht es wirklich

nur noch um den Schutz von Eigentum der Bahn. Besonders prickelnd dabei ist, dass die Bahn – im Gegensatz zur Luftsicherheitsgebühr, die von den Passagieren über die Luftverkehrsgesellschaften abgeführt wird – dafür keinen Pfennig zahlt und sich auch gerichtlich dahin gehend durchgesetzt hat.

Die Besetzung der Reviere wurde angesprochen. Ich nenne Ihnen einmal Beispiele aus Dortmund und Düsseldorf als den beiden großen Dienststellen im Ruhrgebiet. Im Bereich Dortmund wird nachts nur noch das Revier Essen besetzt; Gelsenkirchen, Hagen, Bochum, Recklinghausen und der Flughafen Dortmund sind nachts überhaupt nicht mehr besetzt, über Tag noch ungefähr 50 %. In Düsseldorf ist es ähnlich. Nachts gibt es in Oberhausen, Mönchengladbach und Wuppertal keine Besetzung mehr, sondern nur noch in Duisburg. Das sind die aktuellen Informationen, die ich mir im Vorfeld dieser Anhörung besorgt habe. Sie können also davon ausgehen, dass ungefähr 50 % der Reviere gar nicht mehr besetzt sind oder nur noch temporär besetzt sind.

Man versucht natürlich, ein Revier nicht gar nicht zu besetzen. Dann könnte es ja abgeschafft werden. Solche Dinge spielen auch immer eine Rolle. Aber ein Dienststellenleiter sagte mir kürzlich: Ich traue mich nicht mehr, zwei Leute nachts dort einzusetzen, selbst wenn ich zwei Leute habe. Das ist mir zu gefährlich. Ich kann die Sicherheit dieser zwei Leute gar nicht mehr gewährleisten. – Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen und sich klarmachen, was das heißt. Wir können dort also nicht mehr mit Mindestbesetzungen fahren, weil es für unsere eigenen Kräfte einfach zu gefährlich ist. Denken Sie nur daran, dass in Hamburg eine ganze Wache überfallen worden ist. Dann müssen Sie schon anderes Personal aufbieten. Auch durch die Altstadt geht samstags abends keine Doppelstreife mehr. Da sind die Beamten auch zu viert unterwegs, weil sie sich sonst der Gefahr aussetzen, selber Opfer zu werden.

Die Besetzung der Reviere ist also katastrophal. Das liegt aber – ich sage es noch einmal – nicht an der Bundespolizei selber. Auch ihr eben genannter Präsident Wolfgang Wurm, ein Lehrgangskamerad von mir, kann nichts daran ändern, weil er nicht genug Leute hat. Das ist das Riesenproblem. Hier sind andere, intelligente Lösungen erforderlich, um mehr Personal auf die Straße bzw. auf die Schiene zu bringen.

Außerdem wurde der Personalfehl in Nordrhein-Westfalen angesprochen. Auch dazu kann ich keine genaue Zahl nennen. Die GdP spricht davon, dass 16.000 Leute in der Bundespolizei fehlen würden. Das lasse ich jetzt einmal dahingestellt sein. Diese Zahl ist aber auf jeden Fall näher dran als die Zahl, die der dbb letzte Woche verkündet hat, der gesagt hat, dass nur 500 Leute in der Bundespolizei fehlen würden. Das ist wirklich totaler Unfug. Wir sind definitiv mehrere Tausend Kolleginnen und Kollegen zu wenig. Denken Sie allein an die ganzen Auslandseinsätze, die ganzen Frontex-Unterstützungsmaßnahmen, die die Bundespolizei durchführt. Dafür gibt es nirgendwo Stellen. Entsprechende Ausschreibungen über die Personalräte erhalte ich jeden Tag per E-Mail. Diese Leute gehen in die ganze Welt. Sie fehlen dann stellentechnisch einfach. Insofern ist der Fehl mit mehreren Tausend sicherlich besser dargestellt als mit nur 500.

Selbstverständlich ist die Kriminalität an Bahnhöfen höher. Das gilt an Flughäfen genauso. Denken Sie nur an Kofferdiebstahl, Taschendiebstahl etc. Überall dort, wo viele

Menschen zusammenkommen, sind natürlich auch sehr viel mehr kriminelle Handlungen zu verzeichnen. Dazu kommt noch die Kriminalität im Sinne von Aufenthaltsrechtsverstößen.

Des Weiteren wurde die Frage gestellt, woran es liegt, dass die Errichtung von gemeinsamen Wachen oder gemeinsamen Sicherheitsgebäuden nicht funktioniert. Das ist noch nicht einmal so sehr ein ideologisches Problem, sondern größtenteils ein Kostenproblem.

Ähnlich verhält es sich bei der DB AG mit dem Digitalfunk. Das ist eine reine Kostenfrage. Wenn irgendjemand der DB AG das Geld dafür geben würde, würde sie die entsprechende Technik morgen einbauen. Damit hätte sie überhaupt kein Problem. Es geht hier wirklich um die Bezahlung.

Dann wurde nach den unterschiedlichen Erfahrungswerten in Nordrhein-Westfalen gefragt. Ich will es einmal freundlich ausdrücken und sagen: Dortmund ist ein positives Beispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen Landespolizei und Bundespolizei. Es gibt andere Städte in Nordrhein-Westfalen, in denen das leider nicht so ist. Im Übrigen weiß ich nicht, ob das unbedingt immer am Polizeipräsidenten hängt oder nicht auch an einer eingefahrenen Haltung in den entsprechenden Führungsriegen. Hier muss sich wirklich in den Köpfen etwas ändern.

Wie ich schon sagte, sind die gemeinsamen Wachen sicherlich kein Allheilmittel. Man darf das auch nicht überhöhen, indem man sagen: Jetzt schaffen wir gemeinsame Wachen, und dann haben wir überall genug Personal. – Das ist mit Sicherheit nicht der Fall. Wir brauchen aber eine bessere Zusammenarbeit, eine bessere Kommunikation, gemeinsame Streifenkonzepte und eine Effizienzerhöhung. Das sind die Dinge, die wir benötigen, um hier auch effizienter für die Zukunft aufgestellt zu sein.

Genauso gilt das für die Digitalfunkversorgung. Da müssen wir einfach besser werden.

Wie der Kollege Mischke eben erwähnt hat, dürfen wir auf der einen Seite noch nicht einmal zum Beispiel Fahndungsfotos über WhatsApp verschicken, obwohl wir auf der anderen Seite WhatsApp selbst mit Gerichtsbeschluss nicht abhören dürfen. Diese ganze Nummer ist schon ein bisschen schizophr. Man sollte in der Tat einmal darüber nachdenken, ob man der Polizei hier nicht andere handwerkliche Mittel an die Hand geben sollte.

Die Zahl der diensteingeschränkten PVB ist auch nach meiner Einschätzung nicht besonders hoch. In einzelnen Dienststellen sieht es natürlich anders aus. Das hat auch etwas mit der Überalterung in der Bundespolizei zu tun. Wir haben mittlerweile ein Durchschnittsalter von 45, 46 oder 47 Jahren – je nach Direktion. Manche Direktionen, beispielsweise die für den Frankfurter Flughafen zuständige Direktion, haben ein sehr niedriges Durchschnittsalter. Im Einzeldienst an den Bahnhöfen geht das Durchschnittsalter aber teilweise schon bis in die 50er hinein. Dann haben die Beamten auch automatisch mehr Einschränkungen. Diese Leute, die 30 oder 40 Jahre Schichtdienst hinter sich haben, werden Sie natürlich nicht bis zum 61. oder 62. Lebensjahr so einsetzen können.

Wenn jemand im Alter von 55 polizeidienstuntauglich im eigentlichen Sinne wird oder nur noch innendiensttauglich ist, wird er in der Tat – auch aufgrund der bestehenden bürokratischen Hemmnisse – nicht mehr zum Verwaltungsbeamten umgeschult. In der Gesamtzahl spielt das aber nicht die entscheidende Rolle, denke ich.

Wichtig ist mir, abschließend noch einmal Folgendes zu sagen: Wir müssen unbedingt versuchen, das Bundesinnenministerium davon zu überzeugen, dass endlich intelligente Lösungen gefunden werden müssen, statt immer wieder die alten Instrumente zu bedienen. Dazu gehört auch die Einstellung von zusätzlichem Verwaltungspersonal, von zusätzlichen Polizeiassistenten. Das ist dringend notwendig, damit wir eine Entlastung unserer Kolleginnen und Kollegen erreichen; denn sie gehen wirklich auf dem Zahnfleisch.

**Andreas Nowak (Geschäftsführer Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk NRW):**

Frau Schäffer, Sie haben eine Nachfrage zur Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Zuständigen insbesondere im Bereich der Bahnhöfe gestellt. Selbstverständlich sind hier die Kommunen mit ihren Ordnungsdiensten sowie Sozialarbeiter gefragt. Das Problem ist nur – da erzähle ich Ihnen auch nichts Neues –, dass gerade für solche Dinge, die sich präventiv auswirken, sehr oft kein Geld vorhanden ist. Mit Blick auf die Kosten werden sie gerne als Erstes gestrichen. Das Gleiche gilt übrigens auch für die Polizei. Wenn bei der Polizei Personal fehlt, ist man sehr schnell geneigt, bei der Präventionsarbeit sowohl Personal als auch Kosten einzusparen. Darüber, wie sich das hinterher auswirkt, brauchen wir uns nicht zu unterhalten. Es hat natürlich Spätwirkungen.

In der Tat müsste man die Deutsche Bahn als Eigentümerin der Bahnanlagen und der Bahnhöfe sehr viel stärker in die Verantwortung nehmen. Sie macht es sich wesentlich zu leicht. Ein Beispiel ist schon genannt worden: die Präsenz von Polizei in Zügen bei fußballbegleitenden Einsätzen. Eigentlich müsste dort auch wesentlich mehr Sicherheitspersonal der Deutschen Bahn aktiv sein; das ist völlig klar. Allerdings stehen wir hier vor dem gleichen Problem, das wir bei Fußballeinsätzen insgesamt haben: Die Vereine müssten eigentlich auch viel mehr Sicherheitspersonal stellen. Das müssten sie, tun es aber nicht. Das Gleiche gilt für die Deutsche Bahn leider auch. Deswegen fehlt hier Personal.

Herr Kossiski, Sie haben nach Erfahrungen mit anderen Ländern gefragt. Da muss ich passen. Dazu können wir leider nichts sagen. Ich bin zwar ab und zu Bahnreisender und auch im Ausland unterwegs, würde mir aber wirklich etwas anmaßen, wenn ich dazu etwas sagen würde.

Zu den von Herrn Bialas angesprochenen verrufenen Orten hat sich Herr Lange schon geäußert. Meines Erachtens hängt es weniger davon ab, ob wir als Polizei dort tätig werden wollen. Denn wir müssen gerade an verrufenen Orten tätig werden. Gerade an Orten, an denen Bürger sich unsicher fühlen und sich nicht mehr trauen, sich frei zu bewegen, muss die Polizei Präsenz zeigen. Vor einiger Zeit ist auch verstärkt Personal insbesondere dafür zur Verfügung gestellt worden.

Bahnhöfe und Bahnhofsumfelder gehören natürlich zu diesen verrufenen Orten. Wenn sie schlecht ausgeleuchtet sind und wenn die Polizei dort wenig präsent ist, geschieht

dort sehr viel Kriminalität – ob das Taschendiebstähle sind, ob das kleinere Körperverletzungsdelikte sind, ob das Raubüberfälle sind. Natürlich spielen sie sich gerade im Bahnhofsumfeld ab. Deswegen muss die Polizei dort aktiv sein. Das gilt natürlich auch für die Landespolizei, die im Umfeld der Bahnhöfe aktiv werden muss. In diesem Zusammenhang sind aber auch die vorhin schon angesprochenen baulichen Maßnahmen erforderlich. Diese Bereiche müssen beispielsweise anders ausgeleuchtet werden.

Eine weitere Frage bezog sich auf den Einsatz von Videokameras. Wenn die Bilder von Videokameras nicht permanent beobachtet werden und man vor allen Dingen nicht auch Personal hat, das sofort aktiv werden kann, wenn man etwas feststellt, geht der Aspekt des Videokameraeinsatzes aus polizeigesetzlicher Sicht im Grunde genommen fehl. Dann kann man nur noch hinterher die Filme auswerten, wenn man überhaupt das für die Auswertung erforderliche Personal hat, um anschließend Strafverfolgung zu betreiben. Der Sicherheitsaspekt, der durch ein direktes Ergreifen erzielt würde, fällt in diesem Fall aber völlig hinten herunter.

Bei einer anderen Frage ging es um die PKS. Ja, die Zahlen fließen natürlich in die Statistik des Landes ein. Sie werden aber nicht spezifisch den Bahnhöfen zugeordnet. Deswegen kann man daraus eigentlich keine Argumentation ableiten.

Woran sind die Kooperationen vor Ort gescheitert? Dazu ist gerade schon etwas gesagt worden. Die handelnden Personen vor Ort sind in der Tat immer ein entscheidender Punkt. Das gilt genauso im grenzüberschreitenden Bereich. Herr Mischke hat die Zusammenarbeit mit den Holländern angesprochen. Dort, wo man kurze Wege hat, wo man sich kennt, klappt das hervorragend. In anderen Kreispolizeibehörden, wo diese persönlichen Bezüge nicht vorhanden sind, läuft es schlechter. Mir wurde sowohl aus Viersen als auch aus der Nähe von Aachen geschildert, dass man sich dort auf Dienstebene sehr gut kennt. In anderen Bereichen kennt man sich nicht so gut. Da hat das Personal in den letzten Jahren gewechselt – und schon hapert es an der Zusammenarbeit. Das Gleiche gilt auch für die örtlichen Kooperationen.

Natürlich spielen Kostengründe immer eine Rolle. Ich kann mir allerdings nicht vorstellen, dass die Bahn, wenn man ihr genug Geld gäbe, es unbedingt in gemeinsame Wachen investieren würde. Meines Erachtens sind gemeinsame Wachen zwar nicht unbedingt das Allheilmittel. Es wäre aber sehr wichtig, dass kurze Kommunikationswege eingerichtet werden, die geregelt sind, damit jeder weiß: Wann sollte ich mit wem reden, und mit wem kann ich überhaupt darüber reden? – Das würde schon sehr viel helfen.

Zu den dauerhaft Polizeidiensteingeschränkten wird der Kollege Hauser gleich etwas sagen.

Der letzte Punkt, zu dem ich mich äußern möchte, sind die Synergien. Natürlich führt Zusammenarbeit immer zu Synergieeffekten; das ist völlig klar. Daher kann man diese Frage ganz allgemein mit einem Ja beantworten. Die Problematik ergibt sich aber dann, wenn man ins Detail geht. Wie arbeitet man wo zusammen? Dort wird sich in den nächsten Jahren sicherlich einiges Potenzial ergeben. Man muss es aber auch endlich einmal angehen und schauen, wo man wirklich Synergieeffekte erzielen kann,

indem man enger zusammenarbeitet, sei es zwischen der Bundespolizei und der Landespolizei oder auch mit den anderen Playern, die für die Gewährleistung der inneren Sicherheit verantwortlich sind.

**Berthold Hauser (Vorstandsmitglied Gewerkschaft der Polizei, Bezirk Bundespolizei):** Lassen Sie mich mit dem Thema „Videokameras“ beginnen. Gestern sagte eine Führungskraft der Bundespolizei zu mir: Eine Liveschaltung wird nicht möglich sein. – Das muss man sich in der Tat einmal vorstellen. Allein am Bahnhof in Köln gibt es 200 Kameras. Diese ganzen Bilder kann ein Beamter gar nicht bewältigen. Zudem kommt es auf die Qualität der Videokameras an. Hier spart die Deutsche Bahn AG auch sehr. Ferner spielt eine Rolle, ob man ein Standbild oder ein Drehbild hat. Dann fallen hin und wieder Kameras aus. Außerdem muss man an die gesundheitlichen Beeinträchtigungen der Beschäftigten, die vor den Bildschirmen sitzen, denken. Alle diese Dinge muss man berücksichtigen.

Im Bereich der digitalen Kompetenz werden bei der Bundespolizei jetzt einige andere Dinge angegangen. Beispielsweise läuft im Moment in Berlin am Bahnhof Südkreuz ein Projekt zur Gesichtserkennung. Das muss auch vorangetrieben werden.

Gerade in Sachen der digitalen Kompetenz hoffen wir auch auf gute Zusammenarbeit mit der Landespolizei, weil viele Landespolizeibehörden hier weiter sind als die Bundespolizei. Es wäre gut, wenn wir da gemeinsam etwas erreichen könnten. Wenn zum Beispiel ein oder zwei Beamte von uns dort an Fortbildungskursen teilnehmen könnten, würde uns das schon sehr weiterhelfen. Dies gilt gerade im Bereich von Videokameras.

Der Player Deutsche Bahn AG wurde angesprochen. Das ist natürlich ein Riesenproblem. Denn die Deutsche Bahn ist ein Wirtschaftsunternehmen. Sowohl bei Neubauten als auch bei allen Anlagen, die die Deutsche Bahn an Bahnhöfen betreibt, steht die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund. Das merken wir als Bundespolizei in Verhandlungen. Die Polizei liegt irgendwo links außen, ob nun ein Gebäude bezogen wird oder ob sie Räumlichkeiten benötigt. An erster Stelle steht die Wirtschaftlichkeit. Stellen Sie sich ein Bahngebäude vor, das neu gebaut wird. Unten ziehen die Gastronomiebetriebe und Geschäfte ein – alles das, was Geld einbringt. Die Polizeien, egal ob Bundespolizei- oder auch Landespolizeidienststelle, kommen irgendwo hintendran. Das ist in den Verhandlungen mit der Deutschen Bahn unser Problem. Eigentlich müssten wir sie viel stärker in die Pflicht nehmen.

Nun komme ich zum Personal in Nordrhein-Westfalen. Vorhin hatte ich Zahlen genannt. Diese Zahlen sind erhoben worden. Ich möchte hier auch noch einmal Zahlen sagen. Ich schätze, dass der Bundespolizei in Nordrhein-Westfalen zwischen 700 und 1.000 Polizeibeamte fehlen.

Es wäre aber kein Problem, sie zu bekommen, wenn Haushaltsmittel für die Einstellung vorhanden wären. Derzeit stellen wir jedes Jahr 2.500 Bewerber ein. Ich hoffe, dass wir das in diesem Jahr auch tun. Wir müssen alle benötigten Leute vor 2022 werben und einstellen; denn danach kommt der demografische Knick. Wenn ich mir die Bewerbungslage anschau, muss ich sagen, dass wir bei der Bundespolizei im

Moment noch gut dran sind. Bundesweit haben wir als Bundespolizei 20.000 Bewerber, und zwar für 2.500 Stellen, also acht Bewerber pro Stelle. Die Bundeswehr hat hingegen nur zwei Bewerber pro Stelle. Manche Landespolizeien kommen auf drei Bewerber pro Stelle. Im Vergleich liegen wir also noch weit vorne. Ich bin guter Hoffnung, dass wir die nötigen Leute bekommen. Wir müssen natürlich auch regional einstellen.

Wie komme ich zu den von mir genannten Zahlen? Wir haben einen Organisations- und Dienstpostenplan. Er ist nach unserer Meinung als GdP antiquiert und so nicht mehr praktikabel. Es gibt bessere Personalmanagementsysteme, mit denen man das machen kann. Deshalb kann ich hier auch sagen: Wenn wir in Nordrhein-Westfalen zwischen 700 und 1.000 Polizeibeamte einstellen würden, wäre die Bundespolizei hier gut aufgestellt.

Dauerhaft eingeschränkt Dienstfähige gibt es natürlich bundesweit. Ich bin auch im Hauptpersonalrat der Bundespolizei in Berlin tätig. Das ist mein Sachgebiet. Ich kann Ihnen keine Zahl nennen, weiß aber, dass diese Kräfte zum Teil auch anders eingesetzt werden, beispielsweise im Innendienst. Sie werden dann also nicht nur entlassen oder in den Ruhestand geschickt. Es gibt Arbeitsbereiche, in denen man solche Leute einsetzen kann. Das ist auch gut so.

Die Umschulung zum Verwaltungsbeamten wird oft auch durch fehlenden Platz in den Lehrgängen, die sie dann absolvieren müssen, behindert. Wenn man als Polizeivollzugsbeamter, der man vorher war, noch eine zweijährige Ausbildung zum Verwaltungsbeamten machen muss, ist das natürlich schwierig. Der Besuch einer weit entfernten bundesweiten Schule ist in diesem Gehaltsgefüge auch ein Problem.

Ganz zum Schluss möchte ich noch Folgendes sagen: Es ist zwar schön, wenn wir neue Tarifbeschäftigte einstellen. Wir sollten aber erst einmal die vorhandenen Tarifstellen und Verwaltungsbeamtenstellen besetzen. Die Bundespolizei hat in Nordrhein-Westfalen noch 70 freie Dienstposten für Tarifbeschäftigte und Verwaltungsbeamte. Wenn wir diese erst einmal besetzt haben, können wir über die Einstellung neuer Tarifbeschäftigter nachdenken.

**Vorsitzender Daniel Sieveke:** Ich danke den Sachverständigen für die Statements und den Ausschussmitgliedern für die Fragen.

Am Anfang ist die Frage aufgeworfen worden, welche Ebene für diese Thematik zuständig sei. Ich hoffe, dass die Bundesebene diese Anhörung auch verfolgt hat und daraus bestimmte Erkenntnisse zu Dingen, die auf Bundesebene zu regeln sind, zieht.

Zur gegebenen Zeit wird das Protokoll auf den Internetseiten des Landtags veröffentlicht werden. Dann wird sich unser Ausschuss auch thematisch mit dem Antrag und der Auswertung der Anhörung beschäftigen.

Ich danke Ihnen noch einmal für Ihre wertvollen Ausführungen. Man hat gemerkt: Es lohnt sich doch, an der Anhörung teilzunehmen; denn es werden noch neue Aspekte angesprochen, die über die schriftlichen Stellungnahmen hinausgehen. – Deswegen freue ich mich auch auf die mediale Berichterstattung über diese Anhörung.

Noch einmal vielen Dank und einen schönen Abend! – Die Sitzung ist geschlossen.

gez. Daniel Sieveke  
Vorsitzender

### Anlage

31.01.2018/20.02.18

160



**Anhörung  
des Innenausschusses****Bund muss Sicherheit an Bahnhöfen gewährleisten**

Antrag der Fraktion der SPD, Drucksache 17/510

11. Januar 2018, 12.30 Uhr, Raum E 1 D 05

**T a b l e a u**

<b>Eingeladene Sachverständige</b>	<b>Redner/in weitere Teilnehmer/-innen</b>	<b>Stellung- nahme</b>
Gewerkschaft der Polizei NRW Geschäftsführer Düsseldorf	<b>Andreas Nowak</b> Berthold Hauser	<b>17/243</b>
DPolG Bundespolizeigewerkschaft Bundvorsitzender Berlin	<b>Ernst G. Walter</b>	<b>17/232</b>
Polizeipräsident der Stadt Dortmund Dortmund	<b>Gregor Lange</b>	<b>17/233</b>
Bund Deutscher Kriminalbeamter Vorsitzender Berlin	<b>Thomas Mischke</b>	<b>17/238</b>

\*\*\*